Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926 — Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. — Fernsprecher Nr. 925

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118. — Mittwoch, den 23. Mai 1906. — 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Weg, den man nicht gehen will!

An einer ihrer empfindlichsten Stellen packte am Mittwoch die Linke des Reichstags die agrarischen Steuerfinder, als sie in lebhafter Debatte auf eine Reform der Spiritusbesteuerung drang. Es ging um die Liebesgabe! Seit 20 Jahren werden die deutschen Steuerzahler zugunsten einer Handvoll Schnapsbrenner gebüßt; **880 Millionen Mark** sind in diesen zwei Jahrzehnten in die Taschen der Fuselfabrikanten gewandert, manche öde Klitsche in Ostelbien ist, wie der Abgeordnete Holtz im Namen seiner Mit-Schnapsbrenner mit der ganzen agrarischen Ur—verfrorenheit zugab, mit diesem Gelde herausgeputzt worden, und mehr, als man ahnt, sind chemische Wunder geschehen, gegen die das Wunder auf der Hochzeit von Kana ein leichtes Spiel war. Dort wurde Wasser in Wein, in „Agrarien“ aber werden Kartoffeln in Sekt umgewandelt! Mit Recht sagte der Redner unserer Fraktion, der Genosse Südekum, den Agrariern ins Gesicht, daß der hochnäsigste Junker nicht ablehne, sich eine Rente durch den schnapsnäsigen Branntbruder zusammensaufen zu lassen.

Das heute geltende System der Spiritusbesteuerung gehört, wie unser Dresdner Parteiblatt mit Recht betont, zu den verzwicktesten und verzwecktesten Steuersystemen, die jemals bestanden haben. Drei Steuerarten bestehen nebeneinander; die Maischbottichsteuer, die Verbrauchsabgabe und die Brennsteuer. Sie durchkreuzen sich zum Teil in ihren Wirkungen, sie werden für gewerbliche und landwirtschaftliche Brennereien ganz verschieden gehandhabt, beruhen in Norddeutschland auf anderen Grundlagen als in Süddeutschland — sind kurzum so recht geeignet, allerhand Manschereien und Schiebungen Tür und Tor zu öffnen. Die Schnapsbrenner haben sich diese Gesetze selbst so zurechtgedrechselt, um ihre Liebesgabe auf alle Fälle zu sichern; so gleichen sie den Tintenfischen, die das Meereswasser um sich herum trüben, um so ihre Beute sicher zu fangen.

Was ist die Liebesgabe? Seit dem 1. Oktober 1887 wird im ganzen Reiche vom Hektoliter Spiritus eine Verbrauchsabgabe von 70 Mk. erhoben, durch die das Hektoliter Branntwein von 33 Grad um etwa 28 Mk., also ein Liter Schnaps mit 28 Pfg. belastet wird. Die Branntweinsteuern ergeben zusammen ungefähr 130 Millionen Mark im Jahre für die Reichskasse; darüber hinaus aber zahlen die Branntweintrinker noch ungefähr 44 Millionen Mark an die Brenner: das Branntweinsteuergesetz besagt nämlich, daß die Verbrauchsabgabe von 70 Mk. bis zu einer für jede Brennerei bestimmten und begrenzten (kontingentierten) Menge Spiritus auf 50 Mk. ermäßigt wird. Diese kontingentierte Menge, das Kontingent, beträgt rund $2\frac{1}{4}$ Million Hektoliter = 28 Prozent der Produktion. Für diese werden also um 20 Mk. weniger Steuern entrichtet als für die Menge, die über das Kontingent hinaus gebrannt wird — das Ueberkontingent. Da das Kontingent absichtlich niedriger gehalten worden ist, als der Verbrauch an Trinkbranntwein erfahrungsgemäß ist, da also wenigstens ein Teil des Superkontingents zum Verbrauch herangezogen werden muß, so richtet sich der Preis des gesamten auf den Markt gelangenden Spiritus, des kontingentierten wie des nichtkontingentierten, nach dem Preise des nichtkontingentierten, mit 70 Mark besteuerten. Der Steuerunterschied von 20 Mark kommt also den $2\frac{1}{4}$ Million Hektolitern Kontingentsspiritus zugute. Und zwar ganz offenbar: die Brenner liefern nämlich allen Spiritus, den sie brennen, zunächst auf ein unter Verschluß der Steuerbehörde stehendes Lager, wobei ihnen 70 Mark Steuer für jedes Hektoliter auf ihr Konto angeschrieben werden; für ihre Kontingentsmenge erhalten sie aber — da hierauf ja nur 50 Mark ruhen — von der Steuerbehörde sogenannte „Berechtigungsscheine“ ausgestellt, die sie bei ihr selbst als Bargeld verwenden, sonst aber auch an der Börse versilbern können. Diese „Liebesgabe“ ist so bedeutend, daß z. B. ein Brenner, der 50 000 Liter Kontingent hat, 70 000 Liter pro Jahr im ganzen brennt und das ganze Produkt in einer eigenen Fabrik in Essig umwandelt, nicht nur seinen Unternehmerprofit an diesem Essig einsäckelt, sondern noch obendrein **14 400 Mark** aus Reichsmitteln erhält. Ja, wenn er seinen erzeugten Spiritus gar nicht in Essig umwandelte, sondern einfach in die Gosse laufen ließe oder anzündete, so würde er an dieser Liebesgabe noch verdienen! Den Hauptvorteil von der Liebesgabe haben einige Großbrennereien und die zahlreichen landwirtschaftlichen Brennereien; sie hemmt aber auch die Entwicklung der Spiritusindustrie, weil nur solche Brennereien neu zur Kontingentierung zugelassen werden, die als landwirtschaftliche gelten. Die Sache stellte sich in den 20 Jahren des Bestehens dieser Gesetze so, daß die 4 größten Brennereien genau so viel von den 880 Millionen Mark Liebesgaben geschluckt haben wie die 16 000 kleinsten Brennereien.

Aber neben dieser großen, wie man sieht, für einzelne Brenner sehr lukrativen Liebesgabe existiert für alle noch eine sogenannte kleine. Das Maischbottichsteuergesetz, seit 1812 in Kraft, hat die Belastung gleich gelassen, aber auch die Rückvergütung bei der sogenannten Denaturierung des Spiritus: da nun aber inzwischen die Technik der Brennerei sich sehr verbessert hat, so wird jetzt aus demselben Maischquantum mehr Spiritus gewonnen als früher, daher werden 7 Mk. pro Hektoliter zuviel zurückgegeben. Dadurch wird die Maischraumsteuer in immer höherem Maße aufgebraucht: sie dient mehr den Brennern als der Reichskasse.

Wenn die Verbrauchsabgabe in der heutigen Höhe aufrechterhalten wird — die Sozialdemokratie ist dafür allerdings nicht zu haben und nicht zu haben gewesen —, die Liebesgaben aber abgeschafft werden; wenn ferner die Verwaltungskosten auf einen entsprechenden Betrag (5 Proz. statt jetzt 15 Proz.) herabgesetzt werden, dann fallen der Reichskasse rund 60 Mill. mit einem Schlage zu. Diese Summe würde selbst vom Standpunkte der Mehrheit aus alle die verkehrsfeindlichen, schädlichen, zum Teil direkt unsinnigen Steuern nicht nötig machen, durch deren Erfindung sich die Steuerkommission ein Denkmal errichtet hat.

Nun wenden die Verteidiger der Liebesgabe ein, sie käme, wie schon gesagt, „der Landwirtschaft“, „den leichten Böden“, „der Viehhaltung“ usw. ja geradezu der Gesamtheit des Volkes zugute. Das ist nichts als ein agrarisches Schwindelmanöver! Vorteil hat nicht die Landwirtschaft, sondern einige landwirtschaftliche Brenner, nicht die Allgemeinheit, sondern eine Handvoll Leute, die es verstanden hat, den Säckel des Reiches für ihren Geldbeutel anzubohren. Ihre Behauptungen haben denselben Wert wie die andere, daß man das Gewerbe nicht „beruhigen“ dürfe. Seit 20 Jahren ziehen die Brenner zu Unrecht die Liebesgabe ein und jetzt sollen wir sie zartfühlend, nicht „beunruhigen“! Als ob es jemals zu früh wäre, daß ein schreiendes Unrecht aus der Welt geschafft werde. Und das bei der geradezu unerhörten Begünstigung, die die Agrarier in den letzten Jahren sich zu sichern verstanden haben. Ihnen hat sich ja alles zum besten gekehrt: kein Gesetz ist gemacht worden, bei dem sie nicht den Rahm abgeschöpft haben, kein Vorteil, den sie nicht herausgebracht haben. Sie sitzen im Rohre und schneiden Pfeifen. Auf Kosten der Brotesser wird ihnen die Grundrente gesteigert, auf Kosten der Allgemeinheit bringen sie allerhand Vorteile an sich; ihre Söhne werden vom Staate versorgt, ihre Vertrauten sorgen in allen Regierungen nur für sie — wie es einst Bötticher verzweiflungsvoll ausrief: „Wir arbeiten ja nur für Sie!“

Im Volke draußen, wo man mit sorgengespanntem Blick auf das Werk des Reichstags blickte, würde man gar nicht verstanden haben, wenn man wortlos an diesen Liebesgaben vorbeigegangen wäre. Und deshalb war es gut und recht, daß unsere Partei mit Nachdruck hinwies auf den Weg, den man nicht gehen will!

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Mit der Fahrkartensteuer hat Deutschland sich etwas recht nettes eingebrockt — nämlich die völlige wirtschaftliche Isolierung, wie aus folgenden zutreffenden Darlegungen der „Frankf. Ztg.“ hervorgeht: „Auf eine bedenkliche Nebenwirkung der Fahrkartensteuer — nämlich auf die Ablenkung des Durchgangsverkehrs — ist schon wiederholt hingewiesen worden. Diese Gefahr ist bedeutender, als man selbst in den beteiligten Kreisen anzunehmen scheint. Zunächst ergeben sich Schwierigkeiten wegen der Behandlung der im Ausland aufliegenden direkten Fahrkarten nach Deutschland, der in Deutschland aufliegenden Fahrkarten nach dem Ausland und der zusammengesetzten (kombinierten) Rundreisehefte, der Verrechnung der Fahrgeld-Rückerstattung u. a. Nun ist die Dauer der Fahrt von Paris nach Wien über Deutschland oder durch die Schweiz ungefähr die gleiche, eine Fahrkarte von Paris nach Wien kostet über Stuttgart (Deutschland) 161.30 Frs. in 1. Klasse, über Zürich (Schweiz) dagegen nur 161.10 Frs. Muß der Fremde nun für die Durchreise durch Deutschland eine Fahrkartensteuer von 8 Mk. für die jedesmalige Durchfahrt bezahlen, so wird er es selbstverständlich vorziehen, seinen Weg durch dasjenige Land zu nehmen, welches keine solche Steuer erhebt. Diese Besteuerung der Durchgangsreisenden kann geradezu verhängnisvoll werden, wenn man bedenkt, daß der ganze Verkehr zwischen Amerika, England und Frankreich einerseits und zwischen Oesterreich, Südrußland und dem ganzen Orient andererseits unter völliger Umgehung Deutschlands sich vollziehen kann. Vor allem erscheint das Fortbestehen des Orient-Expreßzuges (Paris-Wien-Konstantinopel über Stuttgart-München) gefährdet, da Frankreich, die Schweiz und Oesterreich keinen Vorteil von dieser Verbindung haben, und schon bisher bestrebt waren, den Verkehr über die Schweiz zu leiten. Aber auch die Existenz anderer Verbindungen, wie die der Luxuszüge Ostende-Brüssel-Köln-Frankfurt a. M.-Nürnberg-Wien usw. wird durch dieselbe Umleitung bedroht. Der dadurch Deutschland drohende Schaden besteht nicht allein in dem Entgang des Fahrgeldes und der Steuer, sondern Deutschland wird durch diese Umgehung in einem gewissen Grade auch wirtschaftlich isoliert. Viele Durchgangsreisende unterbrechen ihre Fahrt, knüpfen Verbindungen an, machen Einkäufe und bringen so in volkswirtschaftlicher Beziehung Deutschland Nutzen. Die Fahrkartensteuer stellt für die Umgehung Deutschlands geradezu eine Prämie dar, die Deutschland an das Ausland entrichtet. Für Frankreich wird es dadurch geradezu ein Gebot der Fürsorge, seinen Reisenden eine billigere Verbindung mit Oesterreich, dem Orient und Südrußland herzustellen. Und dieser Route, die durch den längeren Weg auf französischem Boden auch noch direkt den französischen Bahnen zugute kommt, wird auch Amerika und England folgen.“ — Das deutsche Volk kann sich hierfür bei den Nationalliberalen bedanken, denn hätten diese im Reichstage geschlossen gegen die monströse Fahrkartensteuer gestimmt, dann wäre die Vorlage nicht Gesetz geworden.

Für eine Erhöhung der Bierpreise erklärte sich auch der Thüringer Brauereiverein. Und die Bierkonsumenten müssen die Zeche bezahlen.

Deutschland auf dem Isolierstuhl. Wie der Londoner „Standard“ meldet, haben Verhandlungen zu einer englisch-russischen Verständigung, hauptsächlich mit Bezug auf die Türkei, Persien, Afghanistan und Tibet einen vorgerückten Stand erreicht und werden zu Ende geführt werden, wenn die neue Verfassung in Rußland zur Ausführung gelangt ist. Das Londoner Blatt gibt über den Inhalt und den Zweck dieser Verständigung folgendes bekannt: „Rußland sucht keinen Hafen im Persischen Golf; die russischen und englischen Einflußsphären werden im Norden und Süden von Persien durch die Salzwüste getrennt. Die Eisenbahnfrage in Persien bildet die Hauptschwierigkeit, aber sie wird voraussichtlich dadurch geregelt werden, daß Rußland die kaukasische Bahn bis zur Verbindung mit der Bagdad-Bahn ausdehnt, wobei Deutschland die Oberaufsicht über die Eisenbahn von Konstantinopel bis Bagdad erhält, während England die Kontrolle von Bagdad bis zum Persischen Golf übertragen werden soll. In dem nahen Osten ist das Hauptprinzip der Einigung die Bewahrung der Integrität des türkischen Reiches auf der Grundlage des status quo. Der status quo in Afghanistan und Tibet soll erhalten werden. Es ist dabei wichtig zu bemerken, daß hierbei kein Uebereinkommen beabsichtigt ist, das als gegen Deutschland gerichtet angesehen werden könnte. Es ist das Ziel der britischen Politik, die schwebenden Fragen mit allen Nationen zu ordnen. Die Bedingungen werden offen allen Mächten mitgeteilt werden.“ — Daß die Verhandlungen über eine Verständigung zwischen England und Rußland in der letzten Zeit schon sehr weit gediehen sein mußten, konnte man schon vor einigen Wochen unschwer daraus erkennen, daß Rußland der englischen Regierung ausdrücklich bei der Lösung des Tabah- und Akaba-Konfliktes mit der Türkei seine Hilfe geliehen hat. Ohne allem Zweifel hätte sich die Türkei nicht so schnell den Forderungen Englands gefügt, wenn der Pforte nicht ausdrücklich von dem russischen Botschafter in Konstantinopel die Versicherung gegeben worden wäre, daß Rußland in jeder Beziehung die Ansprüche Englands unterstütze. An dem Zustandekommen der englisch-russischen Verständigung ist demnach nicht mehr zu zweifeln. Der neue Geist, der in Rußland, wie die Verhandlungen der Duma und des Reichsrates beweisen, die Oberhand zu gewinnen scheint, wird das Seinige dazu beitragen, daß Rußland den Segnungen einer derartigen Verständigung teilhaftig werden wird, die nur den Fortschritt und die Kultur des weiten russischen Reiches fördern können. In den Mitteilungen des „Standard“ wird ausdrücklich versichert, daß das englisch-russische Abkommen keine Spitze gegen Deutschland habe. Das ist für die Politiker, die bei uns das Heft in den Händen haben, ein magerer Trost. Die Bagdadbahn, für die bisher ausschließlich deutsches Kapital aufgewendet worden ist, hat für Deutschland den größten Teil ihres Wertes verloren, wenn die Oberaufsicht über die Verlängerung der Bahn von Bagdad bis zum Persischen Golf an England statt an Deutschland fällt. Jedenfalls ist aber die in bestimmter Aussicht stehende englisch-russische Verständigung ein neuer Beweis für die „glänzende Isolierung“ der deutschen Politik. Was wird unsere Diplomatie tun, um dem bevorstehenden Zusammengehen Englands, Frankreichs und Rußlands zu begegnen? Wenn es nach den Alldeutschen und nach den Flottenschwärmern ginge, müßte eine neue Flottenvorlage kommen, die es Deutschland ermöglichen sollte, eine Flotte zu schaffen, die den vereinigten Flotten Englands, Frankreichs und Rußlands gewachsen ist! Daß Deutschland dadurch dem Bankerott entgegengeführt würde, kümmert die sonderbaren Schwärmer nicht. — Im Uebrigen wird die bevorstehende englisch-russische Verständigung einen weithin sichtbaren äußeren Ausdruck durch einen englischen Flottenbesuch

Rußland erhalten. Wie der Londoner „Daily Telegraph" meldet, wird die englische Kanalflotte binnen kurzem, voraussichtlich im Juli, nach den Manövern, Kronstadt besuchen.

Wilhelm II. hat anläßlich der Annahme der Steuervorlagen an Bernhard Bülow ein Handschreiben gerichtet, in dem Letzterem der Dank „seines" Kaisers und — Königs, wie des Vaterlandes ausgesprochen wird. — Die Mehrheit der Bewohner des Vaterlandes ist allerdings nicht sehr erbaut von den neuen Steuervorlagen; sie wünscht diese dahin, wo der Pfeffer wächst.

Der heilige Paafche wird jetzt wieder einmal — wie es heißt, definitiv — als zukünftiger Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt genannt. — Etwas müssen die Nationalliberalen doch auch dafür haben, daß sie als echte, rechte Volksverräter mit der Regierung bei den Steuervorlagen durch Dick und Dünn gingen.

Die Erhöhung des Ortsportos ist schon zum 1. Juli zu erwarten. Es bedarf hierzu nicht erst eines eigenen Gesetzes, sondern diese Erhöhung kann im Verordnungswege mit Zustimmung des Bundesrats erfolgen. Und in solchen Sachen arbeitet man bekanntlich immer sehr prompt.

Kommt die Krüppelsteuer doch noch? Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz" wird der Schatzsekretär im Laufe des Sommers mit den süddeutschen Finanzministern eine Verständigung über eine Wehrsteuer herbeizuführen versuchen, die nach dem Vorbild einiger früheren süddeutschen Steuern ausgearbeitet werden soll. — Nur immer weiter so! Durch eine solche wahnsinnige Politik werden auch dem Blödesten die Augen geöffnet

„Die Kulturaufgaben leiden nicht!" Dieses stolze, auf Preußen gemünzte und bitterernst gemeinte Wort ohne spöttischen Nebenklang, ohne Beimischung von Hohn anzuwenden — wer vermag das in Preußen? Und sollte es wirklich einige Sonderlinge geben, die das in reinster Ueberzeugung und frömmster Unschuld fertig bringen, die Regierung selbst sorgt dafür, daß diese wunderlichen Heiligen geheilt werden. Auch den ruhigen, treuen Ostpreußen will man jetzt den Aberglauben an die preußischen Kulturaufgaben nehmen, auf daß auch sie sehend und wissend werden Dem königl. hygienischen Institut in Königsberg ist eine Untersuchungsstation angegliedert, die unentgeltlich die bakteriologische Untersuchung von Diphtheritiskranken vornahm. Dadurch ist wiederholt die Verbreitung dieser gefährlichen Krankheit gehindert worden. Da von den Schulbehörden verlangt wurde, daß der Schulbesuch diphtheritiskranker Kinder und ihrer Geschwister von der bakteriologisch erwiesenen Keimfreiheit abhängig gemacht werden, wuchs die Zahl der Untersuchungen, und eine pekuniäre Beihilfe wurde erforderlich. Die Stadt Königsberg erklärte sich (am 20. September 1904) bereit, die Hälfte der Kosten, 1500 Mk., zu tragen, die andere Hälfte sollte von den Kreisen aufgebracht werden. Man hätte nun glauben dürfen, daß die Sache bestens erledigt sei. Aber von der Stadt ist der bewilligte Beitrag bis heute noch nicht erhoben worden, dafür erhielt sie am 1. April d. Js. plötzlich ein Schreiben des Direktors des hygienischen Instituts, Prof. Dr. Pfeiffer des Inhalts, daß er sich gezwungen sehe, da ihm die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden seien, den Betrieb der Untersuchungsstation auf die allerdringendsten Fälle zu beschränken. Der Verein der Königsberger Aerzte wandte sich nun an den Kultusminister unter Hinweis auf die Gefahren, die der Bevölkerung drohen, mit der Bitte, das Weiterbestehen der Untersuchungsstation zu ermöglichen. Eine Antwort auf dieses Schreiben ist nicht erfolgt. Dagegen hat der Verein vom Direktor des königl. hygienischen Instituts die Mitteilung erhalten, daß durch Erlaß des Ministers vom 25. April Untersuchungen diphtheritisverdächtiger Objekte auf solche Fälle zu beschränken sind, welche von staatlichen Behörden und beamteten Aerzten erbeten werden, alle von Privaten und von praktischen Aerzten erbetenen Untersuchungen aber abzulehnen." Der Verein Königsberger Aerzte, der diesen charakteristischen Fall der Oeffentlichkeit unterbreitet, fügt ihm folgende Begleitworte hinzu: „Da eine zweite Untersuchungsstation hier nicht besteht, ist es den Aerzten somit nicht mehr möglich, eine absolut sichere Diagnose auf Diphtheritis in allen Fällen zu stellen, und damit ist ihnen auch die Möglichkeit genommen, ihrer Anzeigepflicht, wie sie das Gesetz vom 28 Aug. 1905 vorschreibt, in gewissenhafter Weise nachzukommen. Welche ernste Gefahren der Bevölkerung daraus entstehen können, bedarf wohl keines Beweises. Der Verein Königsberger Aerzte hat sich daher veranlaßt gesehen, am 14. Mai den Polizeipräsidenten auf diese Zustände aufmerksam zu machen. Welches die Ursachen jenes ministeriellen Erlasses sind, wird ja die Zukunft lehren. Unbedingt verlangt werden muß aber, daß seine schädlichen Wirkungen so schnell als irgend möglich durch die zuständigen Stellen beseitigt werden." — Im geeigneten Lande preußisch-deutscher Nation hat man zwar immer Geld über für die Vermehrung von Heer und Flotte und zum Führen von Sandwüstenkriegen, nicht aber für die elementarsten Kulturaufgaben. Fürwahr, es ist eine „Lust", Deutscher zu sein!

Es geht vorwärts! Bei einer Landtagsersatzwahl im württembergischen Bezirk Böblingen erhielten der Volksparteiler 1585, unser Genosse Sperka 1276, der Bauernbündler 1072 und der Nationalliberale 383 Stimmen. Während unsere Partei bei den letzten Wahlen mit 1006 Stimmen erst an 3. Stelle stand, ist sie jetzt an die zweite Stelle gerückt und kommt in die Stichwahl.

Der Kuhhandel um die Schulverwuckerung. Das Zustandekommen eines Kompromisses über das Schulunterhaltungsgesetz wird im Namen der Nationalliberalen von der „Nationalztg." dementiert. Das Blatt bemerkt, daß die Einigungsverhandlungen bisher noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt hatten und betont nochmals, auf ein materielles Zurückweichen der Nationalliberalen von ihrem klaren Standpunkt wegen des § 40 (Anstellung der Rektoren und Lehrer) sei nicht zu rechnen. O, die „Standhaften". . . . Im übrigen wird mitgeteilt, daß jetzt der gescheitelte Zitaten Reichskanzler um das Zustandekommen des Kuhhandels eifrigst bemüht ist. Er hat die Abgeordneten Friedeberg und Schiffer in dieser Angelegenheit empfangen. Jetzt fallen die Nationalliberalen bestimmt um!

Zur Charakteristik des deutschen Patriotismus. In welcher Weise von den höchsten Amtsstellen patriotische Propaganda getrieben wird, zeigt folgende Zuschrift, die vom Unterstaatssekretär des Ministeriums für Elsaß-Lothringen, Dr. Petri, an den Landgerichtspräsidenten und Ersten Staatsanwalt in Metz gerichtet worden ist, und von diesem vor ungefähr einer Woche den Rechtsanwälten der Stadt Metz in einer Abschrift übermittelt wurde:

Ministerium für Elsaß-Lothringen.
Abteilung für Justiz und Kultus.

Aus Anlaß der Silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin ist von der Kunstanstalt Georg Bürenstein u. Cie. in Berlin nach einem Gemälde des Professors Ferdinand Keller in Karlsruhe „Die Kaiserliche Familie" eine farbige Reproduktion hergestellt worden, welche den lebhaften Beifall Seiner Majestät gefunden hat. Eine möglichst weite Verbreitung des Kunstblattes im Deutschen Volke ist erwünscht.

Euer Hochwohlgeboren werden ergebenst ersucht, das beiliegende Rundschreiben der Firma Bürenstein u. Cie., aus dem das nähere über Kunstblatt, dessen Preis und Einrahmung, sowie Verpackungs- und Versendungskosten zu ersehen ist, den Beamten des dortigen Landgerichts, sowie den Beamten der Amtsgerichte, den Rechtsanwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern im dortigen Landgerichtsbezirke zur Kenntnis zu bringen und die hierauf ergehenden Bestellungen in anliegender Subskriptionsliste zu vermerken. Der Wiedereinsendung der Subskriptionsliste wird demnächst entgegengesehen. Die Ausführung der Bestellung wird darauf von hier aus veranlaßt werden.

Der Unterstaatssekretär
gez.: Petri.

Eine Kritik ist überflüssig.

Die Grenzen auf. Der Rheinisch-westfälische Fleischerverband richtete an den Bundesrat die Bitte, außer der Einfuhr geschlachteter, auch die Einfuhr lebender Schweine und zwar 3500 wöchentlich aus Holland zu gestatten.

Um eine Hoffnung ärmer sind unsere Sandwüstenkrieger in Südwestafrika. Sie hatten sich zweifellos schon darauf gefreut, an dem bekanntlich auf englischem Gebiete festgenommenen Morenga ihr Mütchen kühlen zu können. Jetzt wird jedoch mitgeteilt, daß Morenga zwar auf englischem Gebiet sorgfältig interniert, nicht aber an Deutschland ausgeliefert werde.

Gegen die Fahrkartensteuer wettert auch der nationalliberale „Hann. Cour." Die nationalliberale Reichstagsfraktion verhalf jedoch, wie bekannt, der Vorlage zur Annahme. Echt nationalliberal!

In Deutsch-Ostafrika haben die Deutschen einen Sieg errungen. Die Eingeborenen hatten einen Verlust von 400 Toten und 600 Gefangenen.

Rußland.

Nikolaus will nicht mit den Vertretern der Erwählten „seines" Volkes zusammenkommen. Wie nämlich mitgeteilt wird, erhielt der Präsident der Reichsduma die amtliche Mitteilung, daß der Empfang der Abordnung zur Ueberreichung der Adresse in Peterhof nicht stattfinden könne, da derartige Beschlüsse durch den Hofminister zu übermitteln seien. Die gleiche Mitteilung sei dem Präsidenten des Reichsrates zugegangen. Die Angelegenheit kam in der gestrigen Sitzung der Duma zur Sprache. Es wurde nach lebhafter Debatte, in der von einem Redner das Gebahren des Zaren gegeißelt wurde, folgende Resolution angenommen: „Von der Annahme ausgehend, daß die Bedeutung der Antwort auf die Thronrede in deren Inhalt, nicht in der Art der Ueberreichung liegt, geht die Duma zur Tagesordnung über und stellt die Erörterung über eine Frage ein, die durchaus nicht die Rechte und Bedeutung der Duma berühren."

Gewaltakte. In Grodno wurde gegen einen Kosakenoffizier eine Bombe geschleudert, durch deren Explosion der Offizier leicht verwundet worden ist. Die Scheiben der Nachbarhäuser wurden zertrümmert. Der Urheber des Anschlages, angeblich ein Jude, ist entkommen. — Zu Batum wurde am Sonntag abend der amerikanische Vizekonsul Stuart, von Geburt Engländer, in einer Villa ermordet aufgefunden. Der Mörder entkam. — Als in Kalisch der Dragonerobersl Graf Keller zu Pferde vom Exerzierplatz zur Stadt zurückkehrte, wurde eine Bombe nach ihm geschleudert. Das Pferd wurde getötet. Keller selbst am Fuße verletzt. Der Graf befindet sich jedoch außer Gefahr. Drei Soldaten wurden hierbei verwundet.

Frankreich.

Nach den endgiltigen Stichwahlergebnissen wird die neue Kammer wie folgt zusammengesetzt sein: Unter insgesamt 585 Mitgliedern befinden sich 78 Konservative und Liberale, 24 Nationalisten, 77 Progressisten, 77 linksstehende Republikaner, 110 Radikale, 143 sozialistische Radikale, **56 vereinigte Sozialisten**, 20 unabhängige Sozialisten. Die Nationalisten verlieren 20, die Progressisten 35, die Konservativen und Liberalen gewinnen 1 Sitz. Auf der anderen Seite beträgt der Gewinn der republikanischen Linken 11, der sozialistischen Radikalen 27, der vereinigten Sozialisten 16 und der unabhängigen Sozialisten 2 Sitze. Unsere französischen Genossen können mit Stolz auf diesen Erfolg blicken.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote"

Berlin, den 21. Mai 1906.

108. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Handelsvertrags mit Schweden.

Frhr. Heyl zu Herrnsheim (NL.) begrüßt den Vertrag. Die norddeutsche Eisenindustrie ist stark auf die schwedischen Eisenerze angewiesen. So wichtig auch die Handelsverträge für die deutsche Industrie sind, noch wichtiger ist für sie das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Arbeiterverbände haben Unternehmerkoalitionen zur unausbleiblichen Folge. Die schweizerische Streikgesetzgebung . . .

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, die schweizerische Streikgesetzgebung steht denn doch mit dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrag nur in einem sehr lockeren Zusammenhange. (Zustimmung und Heiterkeit).

Frhr. Heyl zu Herrnsheim: Der Zusammenhang ist vorhanden. Nur, wenn friedliche Zustände in ihr herrschen, kann die Industrie von den Handelsverträgen profitieren.

Präsident Graf Ballestrem: Ich sagte nicht „kein Zusammenhang", „sondern sehr lockerer Zusammenhang." In einem gewissen Zusammenhang steht schließlich alles. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Kämpff (FVp.) Das unser autonomer Zolltarif langfristigen Handelsverträgen ungünstig ist, beweist uns aufs deutlichste die Tatsache, daß Schweden den Vertrag nur bis 1910 abschließen will. Trotzdem sind im Vertrage einige Lichtpunkte vorhanden. Die rechtliche Stellung der deutschen Handlungsreisenden in Schweden ist verbessert, wenn sie auch noch zu wünschen übrig läßt. Sehr zu begrüßen ist die Zollfreiheit für schwedische Pflastersteine und Preißelbeeren sowie die Zollermäßigung für schwedische Rohholzwaren. Die Agrarier mögen sich gratulieren, daß Schweden keinen Zoll auf das deutsche Getreide legt. Kommt doch Schweden mehr als Süddeutschland als Exportland für das nordostdeutsche Getreide in Betracht. Von großer Bedeutung ist auch, daß Schweden keine Ausfuhrzölle für Eisenerze eingeführt hat. Wir sind für Annahme des Vertrags ohne verzögernde Kommissionsberatung. (Beif. links).

Speck (Z): Was der Vorredner als Lichtpunkte des Vertrags bezeichnet, erscheint uns als Schattenseiten; was dem Vorredner am meisten mißfällt, die kurze Dauer, ist das, was uns am meisten an dem Vertrage gefällt, der sonst einen durchweg ungünstigen Eindruck auf uns macht. Die Zollfreiheit der schwedischen Preßelbeeren wird die deutschen Preißelbeersuchter ruinieren. Die Zollfreiheit der Pflastersteine wird um so schädlicher wirken, als dank der gefährlichen Meistbegünstigungsklausel (Lebh. Zustimmung rechts) auch andere Staaten, wie Rußland, Vorteil davon haben werden. Der Verzicht Schwedens auf Ausfuhrzölle auf Eisenerze kommt nur einem geringen Bruchteil der deutschen Industrie zugute. Da jedoch Deutschland Schweden gegenüber eine aktive Handelsbilanz hat, sind wir für die Annahme des Vertrags, wünschen aber seine Beratung in einer 21 gliedrigen Kommission. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Dove (FVg.): Der Vorredner entpuppte sich dem Vertrage gegenüber als pessimistische Uhl. Leider kann ich ihm nicht als optimistische Nachtigall gegenübertreten (Gr. Heiterkeit), denn der Vertrag läßt viel zu wünschen übrig. Immerhin begrüßen wir ihn als die erste grundsätzliche Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Schweden und dem Reiche. Wir hätten auch ein früheres Einbringen des Vertrages gewünscht, glauben aber, daß bei der Geschäftslage des Hauses eine Kommissionsberatung sich nicht empfiehlt. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die blühende deutsche Industrie denkt nicht daran, wegen des neuen Generaltarifs und der neuen Handelsverträge ins Ausland abzuwandern, wie linksseitig behauptet worden ist. Die Verhältnisse in manchen Auslandsstaaten sind auch wahrhaftig nicht verlockend. Die düsteren Prophezeiungen haben sich also nicht erfüllt. (Widerspruch links), statt dessen bemerken wir einen Aufschwung der Industrie. (Zurufe links: Trotz der schlechten Handelsverträge!) Ein Handelsvertrag ist nach allgemeinen Gesichtspunkten und nicht nach Einzelheiten zu beurteilen. Wir hatten die Wahl zwischen Fortbestand der alten Meistbegünstigungsverträge Preußens und anderer Einzelstaaten mit Schweden, welche Schweden ohne Gegenleistungen alle Vorteile unserer Vertragsstaaten zubilligen und dem Inkrafttretenlassen unseres autonomen Tarifs gegenüber Schweden. Das erste konnten und wollten wir nicht und das zweite erschien uns höchst bedenklich. Ich möchte die Herren von der Rechten daran erinnern, daß die deutsche Landwirtschaft an der Ausfuhr nach Schweden mit 38 Millionen jährlich beteiligt ist. (Hört! Hört! links.) Nicht genug gewürdigt erscheint mir das Zugeständnis Schwedens, während der Vertragsperiode keine Ausfuhrzölle auf Erze zu legen. Dies Zugeständnis erscheint um so wertvoller, als kurz zuvor ein Antrag auf Einführung dieser Ausfuhrzölle im schwedischen Reichstag nur mit einer geringen Mehrheit abgelehnt worden ist. Bemängelt worden ist die Zollfreiheit der schwedischen Pflastersteine. Der Pflasterzoll ist gegen den Widerspruch der Regierung in den Generaltarif gekommen und von ihr stets nur als Kompensationsobjekt behandelt worden. Die deutsche Schiffahrt ist am Pflastersteinimport aus Schweden hochgradig interessiert, ebenso das deutsche Landstraßennetz, das viel zu wünschen übrig läßt (Zustimm. links) und auf dessen notwendigen Ausbau schon Generalfeldmarschall Moltke hingewiesen hat. Auch haben die schwedischen Unterhändler keinen Zweifel gelassen, daß unter Beibehaltung des Steinzolls der Vertrag mit Schweden nicht zu Stande gekommen wäre. (Hört! Hört! links.) Daß der Vertrag mit Schweden kein langfristiger ist, liegt nicht an unserem Zolltarif, sondern an besonderen innerpolitischen Verhältnissen Schwedens. Auf die Frage nach unserem Verhältnis zu Spanien kann ich nur sagen, daß Spanien sich schlüssig machen muß; der gegenwärtige Zustand der Ungewißheit darf unter keinen Umständen mehr andauern. In Bezug auf unser Verhältnis zu Amerika bemerke ich, daß wir lediglich eine Vollmacht bekommen haben, Amerika unseren Konventionaltarif auf die Dauer bis zu 17 Monaten einzuräumen. Hoffentlich gelingt es, inzwischen zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen. Schließlich ist auch das System der unbegrenzten Meistbegünstigung gestreift worden; aus dieser fallen uns ebenfalls Vorteile ohne Gegenleistung zu. Weiter hat der Vorredner nach dem Stand unserer Verhandlungen mit Italien über den Ausbau der Arbeiterversicherung gefragt. Wir haben auf diesem Gebiete erheblich vorgeleistet und wünschen dringend, daß andere Staaten ihre Sozialgesetzgebung ebenfalls ausbauen. Wir werden alles tun, schon aus dem Gesichtspunkt der Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit, die dahin gerichtete Bewegung in anderen Staaten zu unterstützen. (Beifall.)

Graf Kanitz (K.): Am besten hat mir in der Rede des Staatssekretärs der energische Ton gegenüber Spanien und Amerika gefallen. Vor allem bedauern wir die späte Einbringung dieses Vertrages; wir sollen hier im Handumdrehen über sehr wichtige Interessen uns schlüssig machen. Als Landwirt könnte ich ja für den Vertrag stimmen, denn die Landwirtschaft kommt diesmal ungeschlagen davon. Aber das Interesse mancher Industrie ist nicht gewahrt, z. B. das der Bautischlerei. Die schwedischen Zugeständnisse sind außerordentlich gering. Trotzdem würde ich, um einen üblen Eindruck nach außen zu vermeiden, für den Vertrag stimmen; da aber Kommissionsberatung beantragt ist, werde ich persönlich diesem Antrage zustimmen.

Bernstein (SD.): Irgend einen ernsthaften Zweck kann die Kommissionsberatung nicht haben, da wir ja doch nicht imstande sind, noch irgend eine Aenderung des

Vertrages herbeizuführen. Von derselben Seite, welche die späte Einbringung des Vertrages mit Recht beklagt, ist seinerzeit die Schaffung des Zolltarifs Hals über Kopf abgetan, wobei ganze Zweige von Industrien aufs schwerste geschädigt wurden. (Sehr richtig! b. d. Soz.). Wir sehen keinen Grund, dem vorliegenden Vertrage prinzipiell entgegenzutreten. Das Mitleid mit den Aermsten der Armen, das man hier erwecken will, z. B. mit den armen Beerensammlern, würde ich höher einschätzen, wenn man auf derselben Seite auch die hohen Abgaben für die Beerensammler abschaffen wollte. Wer Handelsverträge überhaupt will, muß auch Konzessionen machen; wir können uns am wenigsten darüber beklagen, wenn andere Staaten ihre Zölle erhöht haben; sie sind uns ja nur gefolgt. (Sehr richtig! b. d. Soz.). Graf Kanitz freut sich über den energischen Ton gegen Spanien. Warum aber kommt denn kein Handelsvertrag mit Spanien zu Stande? Doch nur deshalb, weil unser Generaltarif es erschwert. Bei diesem Tarif ist auch kein besserer Handelsvertrag mit Schweden als der vorliegende zu erwarten. Wir hätten daher nichts dagegen, wenn er hier ohne Kommissionsberatung so angenommen wird, wie er ist. (Beifall b. d. Soz.).

Geheimrat Körner erklärt, daß der Vertrag dem Hause so schnell zugegangen sei, als es überhaupt möglich gewesen sei.

Abg. Gamp (Rpt.): Es ist eigentlich ein etwas starkes Stück, dem Reichstage die Erledigung des Vertrags in 24 Stunden zuzumuten. Viele Einzelheiten des Vertrages sind mir unsympathisch. Dennoch begrüße ich im Interesse meiner hinterpommerschen Heimat den Vertrag. Meine Heimat ist stark an der Getreideausführung nach Schweden interessiert und bedarf dringend der schwedischen Pflastersteine. (Beifall b. d. Rpt.).

Geheimrat Dr. v. Schönbeck legt dar, daß Schweden eine Reihe Zollermäßigungen habe eintreten lassen.

Dr. Wolff (Wirtsch. Vg.) tadelt den Vertrag als Preisgabe deutscher Interessen. (Beifall rechts.)

Dr. Beumer (NL.) bedauert die Zollfreiheit der Preißelbeeren und Pflastersteine, begrüßt aber doch den Vertrag, zumal die niederrheinisch-westfälische Industrie an der Einfuhr der schwedischen Eisenerze auf das höchste interessiert sei.

Die Abgg. Dasbach (Z.) und Wallau (NL.) beklagen die Zollfreiheit der Pflastersteine und Preißelbeeren und bezeichnen die erstere als eine Aufopferung der deutschen Basaltindustrie zu Gunsten der niederrheinischen Eisenindustrie.

Der Antrag Speck auf Kommissionsberatung wird hierauf mit den Stimmen des Zentrums, der Rechten und einiger Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die Beratung des Offizierpensionsgesetzes.

Der Seniorenkonvent hatte sich dahin geeinigt, daß Anträge materiellen Inhalts bei der Geschäftslage des Hauses nicht mehr vorgebracht werden sollen.

Trotzdem beantragt Graf Oriola (NL.) eine Reihe sehr einschneidender Aenderungen des Gesetzes.

Es entspinnt sich hierüber eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Erzberger (Z.): Nachdem eine Fraktion das Kompromiß gebrochen hat, halten wir uns auch nicht an dasselbe gebunden.

Singer (SD.): Angesichts der Anträge Graf Oriola erhebe ich Widerspruch gegen die vorgeschlagene Verbindung der Besprechung einer Reihe Paragraphen und die Annahme des Restes en bloc.

Dr. Müller-Sagan (FVpt.): Im Seniorenkonvent waren alle Parteien für das Kompromiß. Nachdem Graf Oriola seine Anträge wieder eingebracht hat, müssen sich auch die übrigen Fraktionen noch einmal mit der Frage beschäftigen, damit nicht der Anschein erweckt wird, als ob sich die Nationalliberalen allein für die Pensionsgesetze interessieren. Ich beantrage daher Vertagung des Hauses. (Lebh. Zust.).

v. Normann (K) bestätigt die Angaben des Dr. Müller-Sagan und bedauert den Bruch des Kompromisses durch den Grafen Oriola.

Graf Oriola (NL.) zieht seine Abänderungsanträge zurück. Es handle sich um ein Mißverständnis.

Singer (SD.): Nachdem der Versuch der Nationalliberalen, sich als die für die Invaliden besonders tätige Partei hinzustellen, gebührend zurückgewiesen ist, ziehe ich meinen Widerspruch zurück.

Die Abgg. Dr. Müller-Sagan und v. Normann ziehen ebenfalls ihren Widerspruch zurück.

Es bleibt also beim Kompromiß und das Haus tritt in die Beratung des Gesetzes ein.

Schöpflin (SD.): Alle die von uns bei der ersten Lesung getadelten Bestimmungen des Gesetzes sind in der Kommission aufrecht erhalten worden. Früher blieb die Verabschiedung eines Offiziers dem diskretionären Ermessen der Krone überlassen, nunmehr auch die Pensionierung. Das ist um so bedenklicher, als die sogenannte Verjüngung des Offizierkorps so intensiv erfolgt, daß z. B. Divisionskommandanten 5 bis 8 Jahre früher als in Frankreich pensioniert werden. (Hört, hört! b. d. Sozialdem.) Die in den § 4 eingefügte Bestimmung, welche dem schnellen pensionieren einen Riegel vorschieben soll und den Nachweis völliger Militärdienstuntauglichkeit bei kürzerer als 10jähriger Dienstzeit fordert, wird sich als völlig ohnmächtig erweisen, weshalb sich auch der Kriegsminister so ganz bereitwillig darauf einließ. — In der Begründung des Gesetzes lasen wir rührende Geschichten von dem Elend pensionierter Offiziere. Es wird auch soviel von dem aufreibenden Beruf des Offiziers erzählt. So ganz schlimm muß es aber nicht sein, denn das durchschnittliche Lebensalter der Offiziere ist höher als das der Rechtsanwälte und Aerzte. (Zuruf b. d. Sozialdem.: Und nun gar als das der Arbeiter!) — Wir hatten eine Bestimmung in dem Gesetz beantragt, wonach der Zulassung oder Teilnahme an Soldatenmißhandlungen überführte Offiziere der Pension verlustig erklärt werden sollten. Wir sehen darin ein geeignetes Mittel gegen Soldatenmißhandlungen. Erst kürzlich ist kriegsgerichtlich festgestellt worden, daß ein Hauptmann seine Untergebenen gegen die Mannschaften scharfgemacht hat. Unser Antrag ist abgelehnt worden. Dadurch sind unsere Bedenken gegen das Gesetz so gestiegen, daß wir, wenn nicht wesentliche Aenderungen vorgenommen werden, ihm in der dritten Lesung unsere Zustimmung versagen müssen. (Beifall b. d. Sozialdem.)

Graf Oriola (NL.): In der Kommission haben die Sozialdemokraten für das Gesetz gestimmt; jetzt lehnen sie es ab. In Ermangelung eines Besseren stimmen wir für das Gesetz in seiner jetzigen Fassung und hoffen, daß es dem Vaterlande zum Segen gereichen möge.

v. Massow (K.) erkennt an, daß alle Parteien des Hauses ohne Ausnahme an dem Zustandekommen dieser Vorlage mitgearbeitet haben. (Beifall rechts.)

Mommsen (FVg.) erklärt sich ebenfalls für das Gesetz, bedauert aber die zu zahlreichen Pensionierungen und rügt erneut die Heimschickung des Reichstags im vorigen Mai, wodurch das Gesetz verzögert worden sei. Wir erhoffen die Ausdehnung der im Gesetz aufgestellten Grundsätze auf alle Reichsbeamten. (Beifall links.)

Gamp (Rpt.) bezeichnet das Gesetz als schönste Pfingstfreude für Offiziere und Mannschaften.

Dr. Mugdan (FVpt.) spricht sich etwa im Sinne des Abg. Mommsen aus. (Beifall links.)

Liebermann v. Sonnenberg (WVg.) wünscht rasches Zustandekommen des Gesetzes.

Hierauf wird das Gesetz in seinen einzelnen Paragraphen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Ergänzungsetat, Mannschaftspensionsgesetz.)

Schluß 7¼ Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 22 Mai.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft des Herrn Bietz, Fackenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

Zur Lohnbewegung der Maurer. Im Lohnbezirk Dächelsdorf — Sierksrade — Berkenthien — Cronsforde — Krummesse und Umgegend fordern die Maurer eine Aufbesserung des Stundenlohnes von 40 auf 45 Pf. Eine mündliche Unterhandlung, welche am Sonntag, den 13. Mai, stattfand, verlief resultatlos, da die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machten. Beschlossen wurde, nun an die einzelnen Unternehmer heranzutreten und die Erfüllung der Forderungen vom 21. Mai zu verlangen; bis jetzt jedoch noch ohne Erfolg. Es wurde deshalb am Montag morgen die Arbeit eingestellt und zunächst folgende Unternehmer gesperrt: Wulf-Krummesse, Rögge-Rondshagen und Schmidt in Kasdorf. Der Zuzug nach dem ganzen Lohngebiet ist unbedingt fernzuhalten. — In Ahrensböck fordern die Maurer eine Erhöhung des Stundenlohnes von 42 auf 48 Pf. und die 9½stündige Arbeitszeit. Bisher hatten die Unternehmer einen völlig ablehnenden Standpunkt eingenommen. Es fand nun am Freitag, den 18. Mai, eine mündliche Unterhandlung statt, an welcher auch der Gauleiter teilnahm. Beide Parteien einigten sich auf folgenden Vorschlag, welcher noch der Beschlußfassung beider Korporationen unterliegt: Vom 1. Juni ds. Js. 43 Pf.; vom 1. September 44 Pf. und vom 1. April 46 Pf. Stundenlohn bei 9½stündiger Arbeitszeit. Wenn dieser Vorschlag beiderseitig Annahme findet, soll eine gemeinsame Kommission die weiteren Bestimmungen eines Arbeitsvertrages festlegen.

Die Bürgerschaft hielt gestern morgen eine Sitzung ab, die weder von den erstklassigen Mitgliedern noch von Zuhörern besonders zahlreich besucht war. Mit Recht wies Dr. Ziehl darauf hin, daß die Ursache dieser Erscheinung darin zu suchen sei, daß in der Bürgerschaft keine Stimmung für Morgensitzungen vorhanden ist. Er forderte, daß die Abendsitzungen an anderen Tagen stattfinden möchten, wenn das an Montagen nicht möglich wäre. Der Wortführer sagte Berücksichtigung dieses auch bereits von uns ausgesprochenen Verlangens zu. Von den gesamten Senatsvorlagen, die erledigt wurden, riefen nur zwei eine längere Debatte hervor. Zu einer lebhaften Aussprache führte der Senatsantrag betr. die Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1906. Hierzu wurden diverse Spezialwünsche geäußert. Angenommen wurde im Anschluß daran ein Ersuchen, die Fahrradabgabe auf 3 Mark zu ermäßigen. Hoffentlich gibt der Senat demselben Folge; zunächst wird sich allerdings der Bürgerausschuß damit zu beschäftigen haben.

Nicht uninteressant war die Auskunft, die vom Senatstisch auf eine Anfrage über die Verpachtung des alten Spritzenhauses gegeben wurde. Die Gerüchte, daß gewissermaßen unter der Hand die Sache mit der Firma Röhring abgemacht und die Pachtsumme verhältnismäßig niedrig sei, scheinen darnach der Begründung zu entbehren.

Die weitaus interessanteste Debatte rief jedoch der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der sogenannten Serien- und Prämienlosgesellschaften hervor. Es dürfte wohl von niemand verkannt werden, daß man es hier mit Instituten zu tun hat, welche die Dummheit ihrer lieben Mitmenschen auf das gröblichste ausbeuten, und die in der Wahl ihrer Mittel, die dazu dienen sollen, um Dumme einzufangen keine Gewissenskrupel kennen. Von unserer Seite sprach Genosse Schwartz unter wiederholter Zustimmung der ganzen Bürgerschaft gegen den Serienloszschwindel und führte verschiedene Beispiele an, die denselben in bengalischer Beleuchtung zeigten. Auch vom Senatstische wurde in wirksamer Weise das Gebahren der Serienlosgesellschaften gekennzeichnet. Als Gegner des Gesetzes stellten sich die Herren Otte und Dr. Wittern der Bürgerschaft vor, weil sie ein Reichsgesetz gegen den Serienloszschwindel wünschen. Dr. Wittern bemühte sich weiter, den Anschein hervorzurufen, als ob sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Förderer der Serienlosgesellschaften seien, denn er bezeichnete mit besonderer Betonung den Genossen Heine als einen Spezialberater derselben. Ob Heine wirklich schon Serienlosgesellschaften vor Gericht vertreten hat, ist uns unbekannt; jedenfalls wird zweifellos Heine den Serienloszschwindel genau so verurteilen, wie jeder andere rechtlich denkende Mensch. Warum hat nun Dr. Wittern nicht erwähnt, daß auch der Wortführer der Bürgerschaft, Herr Dr. Görtz, der juristische Berater des Hauptinhabers der hiesigen Serienlosgesellschaft ist oder wenigstens war! Trotzdem glauben wir von Dr. Görtz, daß er doch jeden Schwindel zu bekämpfen gewillt ist. Wir müssen demnach die Bemerkung des Herrn Dr. Wittern als sehr kleinlich bezeichnen und können nur annehmen, daß der Haß gegen die Sozialdemokratie, wie ihn der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, dem Dr. Wittern bekanntlich angehört, erzeugt, ihn zu derselben verleitet hat. Unseren Genossen wurde es durch [illegible] unmöglich gemacht, dem Bäckeranwalt die gebührende Antwort zu erteilen. Das ganze Gesetz wurde schließlich einer siebengliedrigen Kommission überwiesen.

Die Erhöhung der Hundesteuer, welche bereits einmal von der Bürgerschaft beschlossen worden ist, gelangte Montag nochmals zur Beratung, weil der Senat der Abänderung, die Steuern für die im äußeren Wegebezirk wohnhaften Hundebesitzer auf 6 Mark zu ermäßigen, nicht beitreten wollte. Nunmehr wurde der ursprüngliche Senatsantrag, der die Hundesteuer für die Stadt und die Vorstädte auf 15 Mk. festsetzt, angenommen. Vergeblich bemühte sich Gen. Wissell für Viehhunde Steuerfreiheit zu erreichen, nur einige wenige Bürgerschaftsmitglieder stimmten dafür. Nach Erledigung sämtlicher Senatsanträge war die Arbeitslust der Bürgerschaft erschöpft und trat nach 2 Uhr Schluß ein.

Die sogenannte „Reichsfinanzreform“, welche soeben vom Reichstag beschlossen ist, zeigt dem deutschen Volke mit größter Deutlichkeit, aus welchem Holze die Mehrheit seiner Abgeordneten geschnitzt ist. Bei den Wahlen machen jene Herren alle möglichen Versprechungen, die sie zu halten gar nicht einmal beabsichtigen; nachher, wenn sie gewählt sind, kommt jedoch ihre wahre volks- und verkehrsfeindliche Natur zum Vorschein. Ganz besonders ist das bei der sog. Finanzreform geschehen. Alle neuen Steuern und Steuererhöhungen fanden die Zustimmung und Förderung der Rechten, des Zentrums und hauptsächlich der Nationalliberalen. Man wird das natürlich nicht vergessen und bei den nächsten Reichstagswahlen dürfte manchem der sich fälschlich als Volksvertreter bezeichnenden Herren die gebührende Antwort zuteil werden. Verschiedene nationalliberale Blätter nehmen nunmehr Veranlassung, ihren Gesinnungsgenossen im Reichstage den Text zu lesen, woraus sich jene Leute allerdings verflucht wenig machen werden. Auch unser Amtsblatt, das bekanntlich den Mißhandelsverträgen, durch die den Arbeitern das Brot verteuert und der Handel im allgemeinen schwer geschädigt wird, freudig zustimmte, ist mit dem Verhalten der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten wenig zufrieden und liest ihnen, wie folgt, den Text:

„Was die Regierung, die gewiß in der Klemme ist, nachdem ihre Vorschläge wegen Sanierung der Reichsfinanzen keine Billigung gefunden haben, sogar als Belastung des Verkehrs empfand, das statuierte der Reichstag leichten Herzens und die Nationalliberalen sagten dazu Ja und Amen. Wir können daher nur der Fraktion die schärfste Mißbilligung aussprechen, wenn sie an der Spitze verkehrs- und städtefeindlicher Tendenzen marschiert. Die Erhöhung des Lokalportos bedeutet eine schwere Schädigung für die gesamte Geschäftswelt, die bei dem billigen Porto in der Lage war, eine durchgreifende Geschäftsreklame zu veranstalten. Ob die Erträge der neuen Steuererhöhungen um so viel höher werden, wie die Väter dieses Gedankens es sich ausgerechnet haben, das wird die Zukunft lehren. Denn jeder Verkehrsverteuerung steht gewohnheitsmäßig eine teilweise Verringerung desselben Verkehrs gegenüber. Im ganzen können wir unsere Ansicht nur dahin rekapitulieren: Die Vorlagen der Reichsregierung in Sachen der Finanzreform sind durch den Reichstag erheblich verschlechtert worden. Das ist das Bedauerlichste und zugleich ein Beweis dafür, daß man in der Allmacht des Parlamentarismus, auch wenn dieser aus dem freiesten Wahlrechte hervorgegangen ist, nicht das Allheilmittel für das Staats- und Wirtschaftsleben zu suchen hat.“

Zweifellos ist es richtig, daß im Parlamentarismus, noch dazu so wie wir ihn in Deutschland besitzen, nicht das Allheilmittel für das Staats- und Wirtschaftsleben zu suchen ist, denn durch denselben kommt der Wille der Mehrheit des Volkes durchaus nicht zum Ausdruck. Die Majorität des Reichstages hat die skandalösen Steuern bewilligt, obwohl sie wußte, daß sie damit der Volksmajorität einen Schlag ins Gesicht versetzte. Uebrigens sind die Ausführungen des Amtsblattes wohl nicht allzu ernst zu nehmen, zumal zu Beginn des betr. Artikels das Verlangen nach einer höheren Bier- und Tabaksteuer ausgesprochen wird. Man tut gut, sich das für alle Fälle zu merken!

Dem 33. Jahresbericht über die Betriebsverwaltung der Eutin-Lübecker Eisenbahn für das Jahr 1905 entnehmen wir: Die Betriebseinnahmen haben insgesamt 764 465,73 Mk. und die Betriebsausgaben 546 161,39 Mk. betragen, so daß sich ein Ueberschuß von 218 304,34 Mk. ergibt, wozu noch die Zuschüsse der Staatskassen mit 53 070 Mk. (Hansestadt Lübeck und Fürstentum Lübeck je 26 535 Mk.) kommen, so daß ein verfügbarer Ueberschuß von 263 389,34 Mark vorhanden ist. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit 817 535,73 Mk. und die Bilanz mit 8 206 273,02 Mk. ab.

Die Feuerwehr hat gestern Morgen ihr neues Heim in der Fleischhauerstraße bezogen. Der Eingang zur neuen Hauptfeuerwache findet nur Fleischhauerstraße Nr. 91 statt, woselbst auch die Aufträge zur Krankenbeförderung angenommen werden. Die Fernsprechnummer der Hauptfeuerwache bleibt Nr. 123. Eine Besichtigung der Hauptfeuerwache kann vorläufig noch nicht stattfinden. Es wird bekannt gemacht werden, wann die Baulichkeiten allgemein besehen werden dürfen.

Stadthalletheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Wegen Vorbereitung von Wildenbruchs Schauspiel „Die Haubenlerche“ und der Operette „Der Rastelbinder“ findet morgen keine Vorstellung statt. — Im Wilhelmtheater wird die Operette „Der Mikado“ am Donnerstagabend aufgeführt.

Handelsregister. Am 21. Mai 1906 ist eingetragen: 1. bei der Firma Jäde u. Co. in Lübeck: Der Kaufmann H. G. E. Krellenberg in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die nunmehr aus den Kaufleuten H. Jäde und H. Krellenberg in Lübeck bestehende offene Handelsgesellschaft hat am 15. Mai 1906 begonnen und wird unter unveränderter Firma fortgeführt. Der Uebergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen auf die Gesellschaft ist ausgeschlossen; 2. bei der Aktiengesellschaft in Firma Traven-Dampfschifffahrts-Gesellschaft in Lübeck: Der Kapitän J. A. Heitmann in Lübeck ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an seine Stelle der Kaufmann J. A. Goßmann in Lübeck bestellt. Am 21. Mai 1906 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. S. Steltzner u. Schmaltz Nachfl. in Lübeck eingetragen: Die Gesellschaft ist durch den am 1. Mai 1906 erfolgten Tod des Kunst- und Handelsgärtner G. W. Hartwig in Lübeck aufgelöst. Dessen Witwe S. A. geb. Holm in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten. Die neu gegründete Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. Mai 1906 begonnen. Den Kunst und Handelsgärtnern C. G. Hartwig in Vorwerk und R. F. Hartwig in Lübeck ist Prokura erteilt.

Schlutup. Gemeinderatswahl. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden von

209 Wählern 390 Stimmen abgegeben. Von denselben entfielen im ersten Wahlgang auf Dr. Gusmann 178, auf Arbeiter Schlatow 105 Stimmen, Fischer Willwater 80 Stimmen; es findet somit Stichwahl zwischen Dr. Gusmann und Schlatow statt. Im zweiten Wahlgang erhielten Lehrer Stampa 205 und Arbeiter Schmöde 108 Stimmen; ersterer ist gewählt. Im dritten Wahlgang erhielt Rentier J. P. Bade 186 und Arbeiter K. Beck 107 Stimmen, eine ganze Anzahl Stimmen war zersplittert; zwischen beiden findet eine Stichwahl statt, die auf den Himmelfahrtstag angesetzt ist. Arbeiter, tut alle Eure Pflicht!

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Ratzeburg. Zur Lohnbewegung der Maurer. In Ratzeburg forderten die Maurer eine Lohnerhöhung von 38 auf 47 Pfg. pro Stunde. Die Unternehmer, welche zunächst einen völlig ablehnenden Standpunkt einnahmen, erklärten sich später bereit, vom 1. Juli d. J. den Stundenlohn auf 40 Pfg. zu erhöhen. Den Bauarbeitern, welche pro Stunde 30 Pfg. fordern, war keine Antwort zugegangen. Unter Berücksichtigung der Letzteren, beschlossen die Maurer am Sonntag den 13. Mai das Gebotene anzunehmen, wenn auch mit den Bauarbeitern auf friedlichem Wege eine Einigung erzielt würde. Dieser Beschluß wurde den Unternehmern mitgeteilt in der Erwartung, daß nun auch den Bauarbeitern die geforderten 2 Pfg. bewilligt würden. Letzteres geschah nicht. Die Bauarbeiter stellten dann am Dienstag den 15. Mai die Arbeit ein, wodurch eine ganze Anzahl Maurer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Darauf beschlossen die Maurer an ihrer vollen Forderung festzuhalten und von den Unternehmern bis zum Sonntag den 20. Mai eine bündige Erklärung zu verlangen. Da die Unternehmer bei ihrem ersten Angebot blieben, erfolgte am Montag die allgemeine Arbeitseinstellung. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist strenge fernzuhalten.

Hamburg. Ein schwerer Gerüst-Unfall hat sich Montag morgen um 9¾ Uhr im Hofe des Afrikahauses (Kontorhaus der Woermann-Linie), Große Reichenstraße 27, zugetragen. Daselbst waren auf einem Hängegerüst die Malergehilfen Förster, Stüben und Zeller beim Abwaschen der Seitenfassaden tätig, als plötzlich ein Tau dicht bei der Rollscheibe eines Flaschenzuges riß — nach anderen Nachrichten soll auch ein Brett gebrochen sein —, so daß die drei Malergehilfen mit dem Hängegerüst aus einer Höhe von vier Stockwerken in die Tiefe stürzten. Stüben war sofort tot, während Förster so schwer verletzt wurde, daß er alsbald verstarb, noch bevor man ihn ins Hafenkrankenhaus schaffen konnte. Zeller liegt schwer verletzt im Hafenkrankenhause. — Die Exzesse im Schopenstehl finden noch ein weiteres Nachspiel vor dem Gericht. Während bekanntlich in der letzten Schwurgerichtsperiode gegen 29 Personen wegen schweren Landfriedensbuchs, Aufruhrs, Plünderung usw. verhandelt und auf zum Teil schwere Strafen erkannt wurde, ist noch eine Gruppe von 20 Personen übrig geblieben, die ebenfalls am Abend des 17. Januar schwere Vergehen begangen haben sollen. Da es sich hier nur um einfachen Landfriedensbruch in Verbindung mit Aufruhr und Plünderung handelt, ist die Angelegenheit der Strafkammer zur Aburteilung überwiesen worden. Der Prozeß, dessen Dauer auf drei bis vier Tage berechnet ist, begann gestern. Den Vorsitz führt, wie im Schwurgerichtsprozeß, Landgerichtsdirektor Dr. Ewald. Wie unter den „großen Schopenstehlern" befinden sich auch unter den „kleinen Schopenstehlern" die im jugendlichen Alter stehenden Angeklagten in der Mehrheit. Außer zehn Halbstarken im Alter von 16—18 Jahren ist auch ein — 13jähriger Schulknabe angeklagt, der geplündert haben soll. — Schiffskollision. In der vorvergangenen Nacht gegen 12,40 Uhr rannte der ausgehende Kosmosdampfer „Derderah" den einkommenden englischen Dampfer „City of Dresden" an. Letzterer sank.

Altona. Ein furchtbares Unglück ereignete sich am Sonnabend kurz nach 8 Uhr in der chemischen Reinigungsanstalt von Schneider. Dort waren die 55 Jahre alte Inhaberin Frau Schneider und deren 30 Jahre alter Sohn Gustav im Keller mit Reinigen der Kleidungsstücke beschäftigt. Hierbei hantierte die Frau bei offenem Licht mit einem mit Benzin gefüllten Behälter, als die Flamme in das Gefäß schlug, die gefährliche Flüssigkeit in Brand setzte und den Behälter mit lautem Knall zur Explosion brachte. Die brennende Flüssigkeit ergoß sich im Augenblick über die unglückliche Frau und deren in der Nähe stehenden Sohn. Beide bildeten im Nu eine Feuersäule. Auf die Hilferufe der Unglücklichen eilten mehrere in der Reinigungsanstalt angestellte Mädchen herbei, um die Flammen zu ersticken. Die schwer verunglückte Frau Schneider wurde im Gesicht, an Armen und Beinen, sowie am ganzen Körper so schwer verbrannt, daß sie ihren Verletzungen bald erlag. Der Sohn trug ebenfalls schwere Brandwunden im Gesicht, an Händen und Armen davon, und es ist fraglich, ob er mit dem Leben davonkommen wird.

Kiel. Die Metallarbeiter-Aussperrung auf der Germaniawerft ist durch Anschlag am Sonnabend verkündigt worden. Es werden zum 2. Juni 2000 Arbeiter, also annähernd 60 Proz., auf's Pflaster geworfen. — Die Firma Bohn u. Kähler hat dem Arbeiterausschuß offiziell mitgeteilt, daß am 2. Juni ihre sämtlichen Arbeiter ausgesperrt würden. — Insgesamt soll von der Germaniawerft, Howaldtswerken und anderen Betrieben der Metallindustrie etwa 5000 Metallarbeitern gekündigt worden sein.

Flensburg. Aussperrung der Metallarbeiter in Sicht! Die Flensburger Schiffsbaugesellschaft gibt den Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß sie in Ausführung des Beschlusses der Metallindustriellen 60 Proz. ihrer Arbeiter aussperren wird, falls diese nicht auf Beseitigung der bestehenden Differenzen hinwirken.

Hadersleben. Beim Kentern eines Bootes ertranken vorgestern Abend drei Handlungsgehilfen.

Cuxhaven. Unglücksfall. Bei der gestern nacht abgehaltenen Schießübung der hiesigen Küstenforts verunglückten zwei Mann der 4. Matrosen-Artillerie-Abteilung durch vorzeitiges Krepieren einer Granate.

Briefkasten.

H. B., Schwartau. Der Sitz der Eutin-Lübecker Bahn ist Lübeck. Unseres Wissens sind die Streckenarbeiter in Lübeck krankenversicherungspflichtig. Der Bahnmeister gilt gleichfalls nur als Angestellter.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

A. B. Sch.
Vorstands-Sitzung
Mittwoch abend 8½ Uhr.

Danksagung.
Für erwiesene herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Begräbnis meines lieben Sohnes
Georg Petersen
sagen allen Beteiligten, insbesondere dem Verband der Zimmerer und dem Gesangverein, sowie Herrn Pastor Stülcken für die trostreichen Worte innigsten Dank.
Johanna Petersen Wwe.
nebst Familie.

Für die Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit allen Verwandten und Bekannten herzlichen Dank.
Fr. Heckel und Frau,
geb. Ruwolt.

Z. 1. Juli eine Wohnung zu verm.
Ritterstraße 8a.

Eine Wohnung zu vermieten
im Preise von 80 Mk an alleinstehende Frau
Grünerweg 14

Gesucht ein Arbeitsbursche.
Adler-Brauerei.

Suche zu sofort
ein tüchtiges Laufmädchen
nicht unter 12 Jahren.
Frau H. Lange, Mühlenstraße 87.

Gesucht für Sonnabends
eine Verkäuferin.
Konsumverein für Lübeck und Umg.

Reinmachefrau gesucht
für einige Stunden am Tage, 2 mal die Woche.
Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Zu kaufen ges. ein Sportwagen
mit Schutzblech über den Rädern
Off. u. S B an die Exp. d. Bl.

Kinderwagen mit Gummireifen
zu verkaufen.
Glockengießerstraße 16, Flügel, 1 Etage.

Ein Kinderwagen zu verkaufen
Lützowstraße 42, 1. Etage.

Zwei Betten zu verkaufen.
Balauerfohr 37.

Ein fast neuer heller Kinderwagen billig zu verkaufen
Margaretenstraße 12a, I.

2 Jahrgänge ‚Das Buch für Alle', 1 Jahrgang ‚Illustrierte Welt', 1 Jahrgang ‚Moderne Kunst' billig zu verkaufen
Krähenstraße 32, 2 Etage.

Auf dem Hofe Niendorf im Lübschen eine Partie
4—6 Wochen alte Ferkel
zu verkaufen
Lieferung eventl. frei Lübeck

Wasche mit
Henkel's Bleich-Soda
überall zu haben.

Nur erstklassige
Fahrräder und Nähmaschinen
nebst sämtlichen Zubehörteilen für sämtliche Systeme, Reparaturen prompt und billig
J. Baade, Fackenburger Allee 48.

Stets frisch im Karton und auch ausgewogen empfiehlt bestens
Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16
Pa. Schweinefleisch Pfd. 65 Pf.
Pa. dicke Flohmen Pfd. 65 Pf.
Pa. dickes Eisbein (ohne Pfoten) Pfd. 40 Pfg., Kopf und Bein 25 Pfg., Pa. gekochte Mettwurst, Leberwurst und ger. Leberwurst 70 Pfg., geräuch. Mettwurst Pfd. 80—120 Pfg., Braunschweiger Wurst und Preßwurst 50 Pfg., Kuheuter 50 Pfg.
ff. Aufschnitt ff.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Johannisstraße 50.

Ich bin zu Hause:
Mittags von ¾1—1½ Uhr,
abends von 8—8½ Uhr,
Sonnabends nicht.
Sonn- und Festtags von 7½—8½ Uhr.
Wio, Engelsgrube 29.

Guter bürgerlicher Mittagstisch
50 Pfennig.
Dröhnestraße 9.

Verloren eine Brille von Hundestraße bis Burgschule.
Abzugeben gegen Belohnung
Hundestraße 20, I.

Verloren ein Portemonnaie
mit Inhalt auf dem Wege von Fleischhauerstr. bis Pelzerstraße. Gegen Belohnung abzugeben Chasotstraße 21, II, Burgtor.

Gefunden ein Portemonnaie
mit Inhalt.
Abzuholen Brüderstraße 5a II.

Oeffentl. Versteigerung
Mittwoch den 23. Mai
vorm. 10 Uhr präzise
Breitestraße 32, 1. Et.
über die daselbst befindlichen, teils hocheleganten Mobilien, als:
Garnituren, Buffets, Tische, Schränke, Sofas, Küchenschränke, Teppiche, Portieren, Bilder und vieles ungenannte mehr öffentlich meistbietend verkauft werden
d. d. Auktionator und Taxator
Albert Mohrmann.

Billiges Volksgetränk!
Trinkt
H. Bülck's Misch-Kaffee!
Pfund **60** und **80** Pfg.
in ½ und ¼ Pfund.
Die Mischungen enthalten keinerlei künstliche Farbestoffe, keine havarierte Bohnen (log vom Seewasser beschädigt) und sind frei von jedem Beschwerungsmittel
H. Bülck
Breitestraße 54. Fernspr. 149.

Großer billiger Ausverkauf
in Garnituren, Schlafzimmern, Kleiderschränken, Waschtischen, Sofatischen, Spiegeln, Küchenschränken, Vertikows, Bettstellen mit Matratzen, Kommoden u. Spiegelschränken, Stühlen, Sesseln, Bauerntischen, Bildern, alles billig!!! wegen Räumung des Ladens
Beckergrube 20.

Kinderwagen-Ausverkauf
bei
Carl Buchholtz Nfl.
10b Fackenburger Allee 10b.

Frisches Kopf und Bein
à Pfd. 25 Pfg.
Ia. dicke Flohmen billigst
empfiehlt
Adolf Schmidt
6b Moislinger Allee 6b.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen A. Beßmann, Friedenstr. 47.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Arbeiter-Radfahr.-Verein Lübeck.
Gegründet 1894.
Am Donnerstag den 24. Mai:
Tour n. Schwartau z. Stiftungsfest
Abfahrt 1 Uhr mittags vom Vereinshaus.
Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinenten-Bund.
Ortsgruppe Lübeck.
Ausflug nach Schwartau.
am Himmelfahrtstage.
Abfahrt nachmittags 2 Uhr von der Holstenbrücke.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 23. d. Mts.
abends 8½ Uhr
im grossen Saale des Vereinshauses,
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Besprechung eines Sommervergnügens.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
NB. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie keine Arbeit als Heizer bei der Firma Willert, Wakenitzmauer, annehmen dürfen.
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater
Mittwoch den 23. Mai:
Silbersteins Flitterwochen
Schwank in 3 Akten v. Rudolf Schwarz.
(Verfasser von „Onkel Cohn".)
Moritz Silberstein . . . Dir. Samst.
Dir. Samst spielte die Rolle des Moritz Silberstein in fast allen deutschen Großstädten und wurde überall vom Publikum und der Presse außergewöhnlich ausgezeichnet.
Vorverkauf in Sager's Zigarrengeschäft und an der Theaterkasse.
Morgen, Himmelfahrtstag:
2 Vorstellungen.

Wilhelm-Theater.
Donnerstag, 24 Mai. Anfang 7½ Uhr.
Operette Operette
Mikado.

Stadthallen-Theater.
Donnerstag, 24. Mai. Anfang 8 Uhr.
Die Haubenlerche.
Schauspiel von Wildenbruch.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Sämtliche in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 118. Mittwoch, den 23. Mai 1906. 13. Jahrgang.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 21. Mai 1906.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr und teilt mit, daß die Bürgerschaftsversammlung diesmal auf den Vormittag festgesetzt worden ist, weil der Senat abends dem Elbe-Verein eine Festlichkeit geben will.

Dr. Ziehl ersucht darum, daß die Abendsitzungen, wenn sie nicht Montags stattfinden können, auf einen anderen Tag verlegt werden möchten. Der schwache Besuch der heutigen Morgensitzung beweist, daß die Mitglieder der Bürgerschaft derselben Ansicht sind. Die vom Herrn Wortführer angeführten Gründe für die Verlegung der heutigen Verhandlungen auf den Morgen genügen nicht.

Der Wortführer Dr. Görtz erklärt, der Anrege des Herrn Dr. Ziehl nach Möglichkeit folgen zu wollen.

Es erfolgen darauf weitere Mitteilungen des Wortführers und des Senats.

Hinkelbeyn wendet sich vor Eintritt in die Tagesordnung dagegen, daß für Grundstücke, die unentgeltlich an den Staat abgegeben werden, die Veräußerungsabgabe erhoben wird. Ich möchte dies nur anführen, damit der Senat dies bei seiner demnächst zu beratenden Vorlage berücksichtigt.

Nach Erwiderungen der Herren Senator Dr. Fehling und Hempel wird zur Beratung des ersten Senatsantrages betr. Ueberweisung des sog. Versuchsfeldes in der Vorstadt St. Lorenz an den Gartenbauverein auf fernere zehn Jahre geschritten. Derselbe wird debattelos angenommen.

Beim nächsten Senatsantrag betr. Uebernahme des mit der Försterstelle in Wesloe verbundenen Dienstlandes auf den Staat, wünscht

Thiele, daß mehr gegen die Kaninchenplage auf dem Heiligengeistkamp getan wird.

Senator Eschenburg: Die Herren, die sich durch die Kaninchenplage geschädigt fühlen, hätten sich eben an den Förster wenden sollen.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Erhebung von Kostenvorschüssen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Derselbe wird ohne Debatte angenommen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Senatsantrag betr. Erlaß von Nachträgen zu den Gesetzen vom 29. Oktober 1902, betreffend die Baufluchtlinien für die Straße „An der Mauer" pp., und vom 18. Mai 1903, betreffend die Baufluchtlinien für die Königstraße.

Stender fragt an, wieweit die Arbeiten der Schüsselbuderkommission gediehen sind.

Der Wortführer Dr. Görtz erklärt, daß die Kommission demnächst Bericht erstatten wird.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Die nächste Vorlage des Senats betr. die Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1906.

Otte hält die projektierten Radfahrwege für außerordentlich kostspielig und glaubt nicht, daß die Abgabe für die Herstellung so kostspieliger Wege geplant gewesen ist. Ich werde prinzipiell gegen die Anlage aller Radfahrwege stimmen, die mit einem Enteignungsverfahren für die Anlieger verbunden sind. Vielfach handelt es sich bei der Enteignung um Vorgärten, die schon jetzt außerordentlich schmal sind. Es fragt sich weiter, ob das Enteignungsverfahren bei Radfahrwegen überhaupt berechtigt ist, da Gründe des öffentlichen Wohls hierfür meistens nicht vorliegen. Redner beantragt eine Revision des Gesetzes betr. die Fahrradsteuer und der Radfahrwege.

Senator Dr. Vermehren: Die Anlage des an der Cronsforder Allee projektierten Radfahrweges werde durch denselben nicht beeinträchtigt, wie es nach den Ausführungen des Vorredners den Anschein haben könnte. Ich bitte um Annahme des Senatsantrages und betone, daß gerade unsere Radfahrwege bei vielen Fremden große Bewunderung erregen.

Dahms ersucht um Verbesserung der Straßenübergänge für Radfahrer, und um Verbreiterung des Radfahrwegs in der Schwartauer Allee. Weiter hält Redner es für an der Zeit, daß die Fahrradabgabe von 6 Mk. auf 3 Mk ermäßigt wird und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Senator Dr. Vermehren hält es für sehr schwierig, eine Verbreiterung des Radfahrweges in der Schwartauer Allee vorzunehmen, da die Allee sehr schmal ist. Die übrigen Wünsche des Herrn Dahms werde ich der Baudeputation vortragen.

Dr. Lienau macht auf die Gefahr aufmerksam, die darin liegt, wenn Kraftfahrer in schneller Fahrt die Radfahrwege benutzen.

Peters wünscht einen Radfahrweg in der Einsiedelstraße.

Stender hält es für wünschenswert, daß der Radfahrweg an der Cronsforder Allee bis zum Mühlentor fortgeführt wird.

Dr. Ziehl bemängelt, daß sich Rückschritte in Bezug auf die Straßensprengung seit dem Tode des Polizeihauptmanns Brunck bemerkbar machen. Er weist besonders auf die Israelsdorfer Allee hin, wo durch die Automobile große Staubwolken hervorgerufen werden. Darunter leiden besonders die Schüler, die auf dem Burgfelde ihre Spiele abhalten.

Haga hält die Radfahrsteuer ebenfalls für zu hoch und beantragt die Abgabe auf 4 Mk jährlich festzusetzen; später zieht er jedoch seinen Antrag zurück.

Buchwald hält in gut gepflasterten Straßen Radfahrwege für überflüssig.

Dr. Goethke nimmt die Anrege des Herrn Dahms bezüglich der Radfahrwege in der Schwartauer Allee wieder auf und befürwortet dieselbe. Auch ich halte eine Reduzierung der Radfahrsteuer auf die Hälfte für angängig und werde dafür stimmen.

Otte vertritt nochmals seinen Standpunkt.

Nach längerer Debatte, die nichts wesentliches hervorbringt, wird die Senatsvorlage angenommen ebenso der Antrag Dahms.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Ausführungsbestimmungen zum Wahlgesetz für den Reichstag und zum Reichstagswahlreglement.

Thiele erklärt sich gegen die Senatsvorlage und wünscht, daß den Wahlvorstehern auch die Reisekosten ersetzt werden.

Senator Dr. Vermehren tritt dem entgegen.

Meincke-Travemünde beantragt die Worte „und im Städtchen Travemünde" in der Senatsvorlage zu streichen.

Brecht widerspricht dem.

Die Senatsvorlage wird darauf angenommen, der Antrag Meincke jedoch abgelehnt.

Debattelos genehmigt werden die Senatsanträge betr. Beihülfe an die Kirchengemeinde Genin zum Ruhegehalte des Pastors Fuchs und Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1906 sowie Vermehrung der Beamtenstellen des Hauptzollamtes.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Senatsantrag betr. die endgültige Anweisung der zum Ankauf der Grundstücke Königstraße Nr. 50 rc. bewilligten Mittel.

v. Schack bittet die Behörde, beim Ankauf von Grundstücken möglichst auf eine genügende Verzinsung derselben Rücksicht zu nehmen. Redner wünscht weiter Aufklärung darüber, wie hoch sich die Pachtsumme für das alte Spritzenhaus belaufe; es kursieren darüber in der Bevölkerung die verschiedensten Gerüchte. Die Verpachtung ist bekanntgegeben in einer ganz geringfügigen Annonce, die wohl nur von wenigen Leuten gelesen sein wird, und durch welche jedenfalls nur wenige Pächter angelockt worden sind.

Senator Fehling: In der Verwaltungsbehörde und in der Baudeputation hat man sich lange Zeit mit dem Projekt beschäftigt, eine Straße von der Breitestraße nach der Königstraße an der Stelle, wo sich das alte Spritzenhaus befindet, anzulegen. Leider ist nichts daraus geworden. Die Verpachtung ist nicht nur im Amtsblatt, sondern auch im „G.-A." und in der „E.-Z." ausgeschrieben worden. Es gingen darauf zwei Angebote ein. Eins von einer Emaillehandlung, ein weiteres von der Kunsthandlung von Bernh. Nöhring. Die Pachtsumme wurde auf 7000 Mk. jährlich festgesetzt; ferner muß der Pächter die Kosten des Umbaues tragen. Herr Nöhring hat sich weiter auf 10 Jahre binden müssen, während die Behörde das Grundstück nach fünf Jahren gegen Zahlung von ½ Jahresmiete jederzeit zurückfordern kann. Die Behörde glaubt damit das Interesse des Staates genügend gewahrt zu haben.

v. Schack gibt sich mit dieser Auskunft zufrieden. Er fragt noch an, ob Nöhring das ganze Grundstück gepachtet habe.

Senator Dr. Fehling bestätigt dies.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen; ebenso debattelos die Senatsvorlagen betr. Errichtung von zwei Oberlehrerstellen an der Realschule, sowie die Abänderung der Verordnung vom 11. November 1840, die Erwerbung und Ausübung von Apothekergerechtsamen betr.

Der nächste Senatsantrag betr. die Bekämpfung der sog. Serien- und Prämienlosgesellschaften. Der diesbezügliche Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut: § 1. Wer gewerbsmäßig zur Bildung von Gesellschaften oder Vereinen auffordert, die den Zweck haben, Inhaberpapiere mit Prämien (Reichsgesetz vom 8. Juni 1871, betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien, Reichs-Gesetzbl. 1871 S. 210 ff.), Anteile oder Abschnitte von solchen Papieren, oder Urkunden, durch welche solche Papiere oder Anteile oder Abschnitte von ihnen zum Eigentum oder Gewinnbezug übertragen werden, für die Gesellschaft, die Gesellschafter, den Verein oder die Vereinsmitglieder zu erwerben, sowie wer gewerbsmäßig die Bildung solcher Gesellschaften oder Vereine in die Wege leitet, ihre Leitung, Vertretung oder Geschäftsführung übernimmt oder sie in anderer Weise fördert, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. § 2. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der in anderer als der durch § 1 getroffenen Weise gewerbsmäßig geringere als die genehmigten Anteile oder Abschnitte von Inhaberpapieren mit Prämien oder Urkunden, durch welche solche Anteile oder Abschnitte zum Eigentum oder Gewinnbezug übertragen werden, feilbietet oder veräußert oder dieses Feilbieten oder Veräußern als Mittelsperson fördert.

Th. Schwartz: Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß im ganzen deutschen Reiche Prospekte von angeblichen Lübecker Bankhäusern verbreitet werden in denen eingeladen wird zur Teilnahme an sogenannten Serienlosgesellschaften. Die Unterschriften dieser Prospekte lauten auf Bankgeschäfte, die in Lübeck überhaupt nicht existieren. Weiter wird auf den Prospekten behauptet, daß die Gewinne staatlich garantiert sind. Dadurch soll der Anschein erweckt werden, als ob der Staat die Garantie für die Auszahlung der Gewinne übernommen hätte. Das ist jedoch zweifellos nicht der Fall. Durch diesen Serienlosschwindel, wie man dies Gebahren vielfach bezeichnet, ist Lübeck in den Augen weiter deutscher Kreise herabgesetzt worden. Wohl ist von der Presse, auch vom „Volksboten", darauf hingewiesen, daß die Gewinne in keinem Verhältnis zu den geleisteten Beiträgen stehen. Jedoch genügt das nicht, um das Publikum von der Teilnahme an den

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten

„Nein, nein, ich lasse Sie erst nach Hause fahren", unterbrach die Baronesse ihre neue Freundin eifrig. „Wo wohnen Sie?"

„In der Lessingstraße."

„O das ist ja gar kein so bedeutender Umweg — kommen Sie, liebes Fräulein."

Als beide Seite an Seite auf dem Wege nach dem Eingange des Friedhofs dahinschritten, sahen sie einen Herrn auf sich zukommen, einen langen hageren Mann mit einem bartlosen blassen, fast wie ein Rechteck gestalteten Gesichte, weichen mädchenhaften Zügen, einer Stumpfnase und außergewöhnlich großen Händen. Bekleidet war der Herr mit einem hellen, etwas auffallend karrierten Anzug, über den ein beinahe bis zum Boden reichender, zu förmlichen Flügeln auseinanderflatternder, schwarzer Mantel sich ausbreitete, auf dem Kopfe trug er einen hohen Zylinder, die Füße steckten in gelben Stiefeletten.

„Ah, Herr Tändsticker", rief Hedwig in halblautem Tone. Wie es schien, war ihr der Ausruf völlig unwillkürlich entfahren, denn sie blickte ihre Begleiterin wie erschrocken von der Seite an.

„Wer?" fragte diese überrascht.

„Verzeihen Sie, ich nenne ihn immer so und so kam mir der Name wider Willen auf die Lippen."

Der Herr erblickte kaum Hedwig, so wurde er rot wie ein ertappter Schulknabe und als er gleich darauf mit devotem Gruße an den Damen vorüberging, so wandte er ordentlich verlegen und ängstlich das Antlitz zur Seite.

Hedwig blieb stehen und schaute ihm nach.

„Was mag er nur hier wollen?" murmelte sie. „Sollte auch er —"

Aufmerksam verfolgte sie ihn mit den glutvollen Augen.

„In der Tat", flüsterte sie betroffen ihrer Begleiterin zu, „er besuchte das Grab Ihres armen Bruders."

„Er? Kannte er ihn denn?"

„Gewiß, beide waren Freunde, vertraute Freunde, haben Sie ihn wirklich noch nicht gesehen?"

„Nie!"

„Oder nennen hören; es ist ein junger Schwede aus Göteborg, Gustav Torsten."

„Ich habe seinen Namen nie vernommen."

„Das wundert mich. Er hatte mit Ihrem Bruder zusammen Unterricht bei meinem Onkel, dem Professor Lux, dadurch kamen beide in unser Haus und machte auch Siegfried meine Bekanntschaft."

„Er scheint ein sonderbarer Kauz zu sein."

„In gewisser Hinsicht ein Original. Nicht gerade ein Adonis, aber gutmütig und zart und blöde wie ein Mädchen. Auch reich soll er sein, sehr reich und sehr talentiert dabei. Mein Onkel erklärte ihn und Herrn von Tillo für seine besten Schüler. Jetzt ist er lange nicht bei uns gewesen, — seit Weihnachten nicht wieder — ich hätte Lust, ihn zu fragen, was ihn abhält. Vielleicht ist ihm der Tod seines Freundes so zu Herzen gegangen, daß er die Erinnerung an die gemeinsame Wirksamkeit aufzufrischen sich scheut."

Die beiden Freundinnen gingen langsam weiter; bevor Hedwig in den nach der Hauptallee führenden Seitenpfad einbog, wandte sie sich nochmals nach dem jungen Schweden zurück; Gustav Torsten stand noch immer vor der Begräbnisstätte seines Freundes, den Kopf nach vorn geneigt und die Arme auf der Brust verschränkt, wie jemand, der völlig seine Umgebung über dem Geflüster seiner inneren Stimme vergißt.

„Der edle Mann — er muß ein treuer Freund Siegfrieds gewesen sein," bemerkte Agnes gerührt.

„Nun ja — und doch erschien mir die Freundschaft der beiden im Grunde von etwas sonderbarer Art, da sie die beiden Herren nicht verhinderte, miteinander beständig Krieg zu führen. Beide waren gleich ehrgeizig, gleich begeistert für ihre Kunst, und jeder verfolgte mit Argusaugen die Fortschritte des andern — auch sonst —"

Hedwig schwieg verlegen.

„Ich verstehe Sie," sagte die Baronesse. „Beide nahmen den gleichen Anteil an Ihnen?"

„Ich hatte Grund es zu vermuten, obgleich mir Torsten seine Zuneigung nie so deutlich zu erkennen gab, als Siegfried. Er hat mich mehr platonisch verehrt — offen gestanden, ich konnte ihn niemals so recht ernst nehmen, weil er ein so seltsam linkisches Gebahren besaß, — deshalb taufte ich ihn auch Herr Tändsticker. O liebes Fräulein, verzeihen Sie, daß ich schon wieder, es ist ungezogen von mir, wahrhaftig," rief die Professorstochter plötzlich mit Heftigkeit, indes ihre dunklen Augen Zornesflammen sprühten. „Zu solcher Zeit und an diesem Platz! Aber ich werde mich strafen," fuhr sie entrüstet fort, „ich werde mir eine Sühne auferlegen, wie ich stets zu tun pflege, wenn ich mein Temperament mit mir habe durchgehen lassen."

„Und worin wird diese Sühne bestehen?"

„Ich — ich werde drei Tage nicht ausgehen — das ist etwas, das mir hart ankommt," entgegnete Hedwig, noch immer empört über ihre Aeußerung.

Während der Fahrt setzten die jungen Mädchen ihre Unterhaltung in angeregter, vertraulicher Weise fort, und als der Wagen nach einer halben Stunde vor der Wohnung des Professors Simrat anhielt, nahmen beide auf das wärmste von einander Abschied.

„Nicht wahr, Sie besuchen mich — und recht bald," bat Agnes.

„Wenn Sie gestatten, recht gern."

„Wir müssen Freundinnen werden, Fräulein Simrath — wollen Sie?"

Serienlosgesellschaften abzuhalten, und deshalb sind gesetzliche Bestimmungen wohl am Platze. Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob Lübeck zum Erlaß des projektierten Gesetzes berechtigt ist. Mir erscheint das durchaus angängig, zumal die Gesellschaften meistens durch Vorspiegelung falscher Tatsachen Teilnehmer anzulocken versuchen. Es ist jedoch nötig, daß das Gesetz kommissarisch beraten wird, damit nicht ein Gelegenheitsgesetz zustande kommt, das nachher mancherlei Lücken und Mängel aufweist. (Bravo!)

Direktor Otte erklärt, daß er zwar im Bürgerausschuß für die Vorlage gestimmt habe, daß er heute aber nein sagen müßte. Wohl wolle auch er eine Bekämpfung der Schwindelunternehmungen, aber es sei verkehrt, weil man Auswüchse bestrafen wolle, allen Serienlosgesellschaften das Lebenslicht auszublasen. Redner bemängelt sodann verschiedene der geplanten Bestimmungen des Gesetzes.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hofft, daß die Bürgerschaft dem Votum des Bürgerausschusses beitreten wird; natürlich wird der Senat nichts gegen eine kommissarische Prüfung der Vorlage einzuwenden haben. Ich will betonen, daß die Serienlosgesellschaften von Leuten geleitet werden, die weder ihrer Stellung noch ihrer Vorbildung nach als Bankiers gelten können. Es ist das Geschäft der Serienlosgesellschaften früher in Holland, Dänemark usw. betrieben worden. Heute kommt jedoch besonders Lübeck in Betracht, wo die Sache bereits in die Hunderttausende geht. Ich stimme darin Herrn Schwartz bei, daß darunter Lübecks Ruf leidet. Uebrigens schaffen wir mit dem Gesetz nichts neues, denn in anderen Bundesstaaten bestehen bereits derartige Bestimmungen. Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, weshalb man sich nicht mit einer Anrege an das Reich gewandt habe. Demgegenüber will ich betonen, daß wir selbst unser Nest reinhalten und uns vor den Schwindelgebahren schützen wollen. Wenn nun gesagt wird, daß die Strafen drakonisch seien, so mag das stimmen, jedoch sind alle Lotteriestrafen drakonisch. Ich will nochmals sagen, daß ich nichts gegen eine Kommissionsberatung habe, sondern sie vielmehr wünsche. (Lebhaftes Bravo!)

Dr. Wittern: Die von Herrn Schwartz angeführten Einzelfälle würden, wenn sie strafrechtlich verfolgt werden, jedenfalls zur Verurteilung der Betreffenden wegen Betruges führen. Ich halte es nun für nicht zweckmäßig, wenn der kleine lübeckische Staat derartig, wie beabsichtigt, vorgeht, das muß Sache des Reiches sein, und deshalb bin ich prinzipiell gegen das Gesetz. Es ist ja richtig, daß die Serienlosgesellschaften juristisch gut beraten und deshalb nicht leicht zu fassen sind. Gerade der sozialistische Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine ist gewissermaßen ein Spezialist auf diesem Gebiete. Ich möchte nicht wünschen, daß hier ein Gesetz ab irato beschlossen wird; deshalb lehne ich das Gesetz ab.

Senator Dr. Fehling: Ich will, um Mißverständnissen vorzubeugen, nochmals betonen, daß wir nicht vom Reich zum Erlaß des vorliegenden Gesetzes aufgefordert sind, sondern nur auf den Schwindel hingewiesen wurden. Wir machen keine Gesetze, um im Reich Liebkind zu sein, sondern richten uns nach unseren eigenen Bedürfnissen.

Senator Kulenkamp weist nach, wie der besonders von den Serienlosgesellschaften betriebene Schwindel mit Türkenlosen beschaffen ist. Die Aussicht auf Gewinn ist bei denselben gleich Null. Auf dem Prospekt wird dann behauptet, daß die Gewinne staatlich garantiert sind; das mag sein, jedoch nicht von Lübeck, sondern von der Türkei. Ferner wird von einer amtlichen Ziehungsliste gesprochen, und sind wiederholt Ansuchen um Uebersendung einer solchen an das Polizeiamt gerichtet worden. Freilich tragen ja die Prospekte den lübeckischen Adler in recht auffälliger Weise. Es gehen den Behörden täglich viele Anfragen und Zuschriften von Teilnehmern an der Serienlosgesellschaft zu; in einer derselben, die Redner verliest, beklagt eine arme Frau den Verlust ihrer gesamten Ersparnisse durch die Beteiligung an den Serienlosgesellschaften. Ueber die Frage der Zuständigkeit Lübecks zum Erlaß des Gesetzes besteht nach einer Entscheidung des Reichsgerichts kein Zweifel.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Auf Antrag Th. Schwartz wird die Vorlage an eine siebengliedrige Kommission verwiesen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Rückäußerung und wiederholter Antrag, betreffend die Erhöhung der Hundesteuer.

Ritter beantragt, die Hundesteuer für Lübeck und Travemünde auf 15 Mk. festzusetzen; es liege kein Grund vor, die Hundesteuer für Travemünde auf 6 Mark festzusetzen.

Meincke-Travemünde bittet um Ablehnung des Antrages Ritter.

Dasselbe wünscht Senator Kulenkamp.

Peters ersucht, die Hundesteuer für die im äußeren Wegebezirk wohnhaften Leute auf 10 Mk festzusetzen.

Senator Kulenkamp widerspricht dem.

Wissell beantragt die Steuerfreiheit der Ziehhunde.

Senator Kulenkamp bittet der Anrege des Herrn Wissell nicht zu folgen; der Hund ist kein Zugtier.

Thiele glaubt, daß die Hundesteuer auch ihrer Erhöhung keinen wesentlichen Mehrertrag liefern wird.

Senator Kulenkamp ist anderer Meinung.

Dr. Wichmann bezeichnet die Benutzung des Hundes zum Zugtiere als Tierquälerei.

Wissell: Gewiß ist es richtig, was Herr Dr. Wichmann sagt; ebenso ist es bedauerlich, daß Menschen als Zugmittel benutzt werden. Das kann jedoch uns nicht abhalten, dem Minderbemittelten, der sich kein Pferd halten kann, für seinen Hund Steuerfreiheit zu gewähren.

Die Senatsvorlage wird darauf unter Ablehnung aller aus der Mitte der Bürgerschaft gestellten Abänderungsanträge angenommen.

Gleichfalls zur Annahme gelangt der Senatsantrag betr. die Erhöhung des Gehaltes der Straßenreiniger.

Darauf wurde die Sitzung um 2,10 Uhr geschlossen.

Soziales und Parteiliches.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Zum Kampf in der Metallindustrie wird gemeldet: In Magdeburg und Frankfurt a. M. sind die organisierten Metallarbeiter zum 2. Juni gekündigt worden. — In Stettin sind die Bäcker ausständig. — Die Bewegung der Maurer und Arbeiter in Köln hat mit dem Abschluß eines Tarifvertrages geendet. — 40 Jahre bestand am 20 Mai der Verband der deutschen Buchdrucker. — Der Malerstreik in Karlsruhe ist beendet. — Ein Teil der Pariser Friseurgehülfen beschloß, in den Ausstand zu treten, weil die Arbeitgeber die Sonntagsruhe nicht von jetzt ab, sondern erst vom 17. Juni ab gewähren wollen. — Die Vertreter der schottischen Bergarbeiter beschlossen in einer Versammlung in Glasgow einstimmig, 12½ Proz Lohnerhöhung zu fordern.

Verbandstag der Schmiede. Die Debatte über die Streiktaktik wurde Freitag fortgesetzt. Nach einer eingehenden Aussprache wurde zum Punkt: Agitation geschritten. Die hierzu, sowie zum Punkt Taktik vorliegenden Anträge wurden einer Kommission überwiesen. Hierauf wurde der Bericht über den Kölner Gewerkschaftskongreß erstattet. Nach eingehender Debatte wurde zur Statutenberatung geschritten. Ein Antrag, den Sitz des Verbandes von Hamburg nach Berlin zu verlegen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, den Beitrag, der bisher für männliche Mitglieder 30 Pfg., für weibliche 20 Pfg beträgt, auf 55 bezw. 35 Pfg. zu erhöhen. Zur Anstellung besoldeter Gauleiter (deren der Verband bis jetzt je einen für Sachsen, Rheinland-Westfalen und Südwestdeutschland hat) beschloß die Generalversammlung, daß nach Bedarf in allen Gauen, wo es noch nicht geschehen ist, besoldete Gauleiter durch den Vorstand und Ausschuß anzustellen sind. Der Gau I (mit dem Sitz in Königsberg) soll dabei zuerst berücksichtigt werden. Durch einen anderen Beschluß wurde ein erweiterter Vorstand eingesetzt, der in besonderen Fällen Beschlüsse zu fassen hat, die für die Mitglieder bindend sind. Der erweiterte Vorstand besteht aus dem Hauptvorstand, den Gauvorstehern, dem Redakteur des Verbandsorgans, dem Vorsitzenden des Ausschusses und dem Vorsitzenden der Preßkommission. Der Sitz der Preßkommission, der bisher in Berlin war, wurde nach Hamburg, dem Sitz des Verbandsorganes, verlegt. Hierauf ging der Verbandstag zur Beratung des Streikreglements über, die Sonnabend fortgesetzt wird.

Strafkonto der Presse. Aus Halle a. S. wird vom 18 Mai gemeldet: Heute wurde der Genosse Redakteur Däumig vom „Volksblatt für Halle" zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte „nur" vier Monate Gefängnis beantragt.

Als Parteisekretär für Nürnberg wurde in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg der Genosse M. Treu für den verstorbenen Genossen Rackl gewählt.

Aus Nah und Fern.

Ein Soldatenerzieher als Verführer. Das Oberkriegsgericht in Dresden verurteilte den Vizewachtmeister Thiemer von der 2 Eskadron des 1. Ulanen-Regiments Nr. 17 in Oschatz wegen vollendeter und versuchter Notzucht in je einem Falle und wegen Verführung eines unbescholtenen Mädchens unter 14 Jahren zu ein Jahr neun Monaten Zuchthaus, Degradation, Entfernung aus dem Heere und drei Jahren Ehrverlust. In erster Instanz hatte das Urteil, gegen das der Gerichtsherr Berufung einlegte, wegen Verführung von Minderjährigen in zwei Fällen auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis und Degradation gelautet.

Der Weltpostkongreß hat in seiner Sitzung die Uebereinkunft von Bestimmungen betreffend Postanweisungen, Behandlung von Poststücken mit Wertangabe und Nachnahmesendungen gutgeheißen, desgleichen die Annahme von Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften. Die Höchstsumme für Postanweisungen wurde auf tausend Franks festgesetzt und der Portosatz für Postanweisungen ermäßigt.

Schutz vor Schutzleuten! Weil er eine von ihm widerrechtlich verhaftete anständige Frau in der gröblichsten Weise beschimpft hatte, wurde ein Königsberger Polizeibeamter, der Polizeisekretär Lemke, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein merkwürdiges Heiratsgesuch findet sich in dem Kölner „Stadt-Anzeiger": „Repräs. alleinst. Herr, früherer Hotelier, 40er, solid und strebsam, in guten Verhältn., mit ca. 2000 Mk Einkommen, j. in Geschäft eingetreten u. mit gleich gelegt. Der Oberfaktor Be. der „Köln. Ztg." ist der größte Leuteschinder unter der Sonne. Er versteht es besser wie der Satan, seine Untergebenen zu peinigen bis aufs Blut. Dame in Verbindung zu treten. Angeb. u. V V 263 a. d. Exp." — In dem Inserat ist der oben nur Be. angedeutete Name des Oberfaktors ausgeschrieben. Der Mann wird über diese öffentliche Anerkennung große Freude empfinden. Es handelt sich offenbar um den Streich irgend eines listigen Schriftsetzers, der sich durch Künste, denen vielleicht gar nicht nachgespürt werden kann, zwischen den „respektablen alleinstehenden Herrn" und die von diesem gesuchte Dame gedrängt hat.

Ein rücksichtsloser Automobilist. Die Strafkammer in Wiesbaden beschäftigte der Automobilunfall, der sich am 22. Juli v. J. auf der Chaussee Wiesbaden-Erbenheim, unweit des letzteren Ortes, ereignete und bei dem der 13 Jahre alte Carl Merten, Sohn des Gutsbesitzers und Gastwirts Hch. Merten, getötet wurde. Der Besitzer und Lenker des betreffenden Automobils, von dem der Knabe überfahren wurde, der Privatier Wilhelm Kröll, geb. 1877 zu Cleve, hatte sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Dem Angeklagten wird im wesentlichen zum Vorwurf gemacht, daß er, obwohl sich zwischen ihm und dem Merten ein Kornwagen befand, darauf losfuhr. Kröll wurde in Haft genommen, aber gegen eine Kaution von 60 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Gericht erkannte auf fünf Monate Gefängnis und zog dabei seine Rücksichtslosigkeit nach der Tat strafschärfend in Betracht.

Eisenbahnunglück. Aus Laibach wird berichtet: In der Nacht zum 19 Mai stießen bei Kittai zwei Güterzüge zusammen, wobei mehrere Waggons zertrümmert wurden. Von dem Zugpersonal wurden zwei Personen getötet.

Das kommt davon ... Die Frau des Bankdirektors Romeick wurde wegen großer Darlehnsschwindeleien in Nizza verhaftet; sie hat diese Schwindeleien im Verein mit einem gewissen Otto Marschall verübt, mit dem sie ein Liebesverhältnis unterhielt.

Geistliche Totschläger freigesprochen. Der Gerichtshof in Nancy sprach die wegen der bei der Kircheninventur in Saint Nicolas erfolgten Tötung eines Arbeiters angeklagten Vikare, Abbé Claude und Abbé Lecomte, frei. Das Publikum nahm das Urteil mit Beifall auf.

Ein englisches Torpedoboot gekentert. Einer Lloyds-Depesche aus Port Said zufolge kenterte während der Nacht zum Freitag auf der Höhe von Port Said das englische Torpedoboot 56. Sieben Mann der Besatzung sollen ertrunken sein.

„Ob ich will? Ich liebe und verehre Sie ja schon lange."

Sie streckten einander die Hände entgegen und blickten sich an wie zärtliche Verwandte. Aber jede der beiden Hände hatte kaum den halben Weg zurückgelegt, so kam die andere ihr plötzlich nach, und ohne daß die jungen Mädchen hätten sagen können, von wem eigentlich der Impuls ausging, umfaßten sie sich mit einemmal, drückten einander mit Innigkeit und küßten sich.

Auf der Treppe begegnete Hedwig zwei Herren in Gesellschaftstoilette, einem alten mit grauem und einem jüngeren mit rötlichem Vollbart. Es waren Fabrikant Putz und Mr. Low, die soeben von dem Professor kamen. In beider Mienen las man den Triumph einer gelungenen Mission. Professor Simrath hatte sich zur Uebernahme der ihm zugedachten Rolle nach längerem Zaudern, von des Amerikaners Ueberredungskunst besiegt, bereit erklärt.

Zehntes Kapitel.

Gustav Torsten, oder Herr Tändsticker, wie Hedwig ihn scherzweise genannt hatte, starrte noch immer auf das frische Grab seines Freundes, nachdem die beiden Damen die einsame Totenstadt längst verlassen hatten. Den Oberkörper vorgebeugt, die linke Hand auf das Gitter gestützt, nahm er eine Position ein gleich einer umgestürzten und in ihrem Sturze durch ein Hindernis aufgehaltenen Bildsäule. Sein linker Fuß verschwand in dem Schneehaufen, den der Friedhofswärter beim Ausschaufeln des Weges an der Seite aufgeworfen hatte. — Der junge Schwede achtete nicht darauf, seine nordische Konstitution schien weder für den kältenden Einfluß der ihn blockierenden Substanz, noch für den allgemeinen Frost des Wintertages empfänglich zu sein.

Und doch war er offenbar eine feinempfindliche Natur, das bewies die Heftigkeit, mit der sich die Empfindung in seinen Zügen widerspiegelte. Die wasserblauen glanzlosen Augen hafteten mit einem tief elegischen Ausdruck auf der Stelle, wo sein toter Kamerad den Schlaf schlief, aus dem es kein Erwachen gibt; es lag eine seltsame Mischung von Wehmut und Leid in dem Blick, eine Ausprägung widerstreitender und doch zusammengehöriger Gefühle. Je länger der Sohn des Nordens jedoch auf das Grab niedersah, je düsterer gestaltete sich sein Gesicht, je tiefer senkten sich seine fahlen Brauen, je zahlreicher wurden die Falten um seine Augen und über der Nase. Bald schien sein Schmerz in Verzweiflung übergehen zu wollen, dann ballte er die Faust und grimmige Wut und Bitterkeit sprühten aus seinen sonst so harmlosen Augen, die schmale Brust hob sich in keuchendem Röcheln und dem Munde entfuhren sogar zischende Laute, die wie ein heiseres Lachen klangen.

Nach einer Weile stand er dann wieder wie zuerst, traurig stumm, in einer Pose wilder Trauer, dann wandte er sich wie mit einem elementaren Entschlusse von dem Erbbegräbnisse hinweg und trottete in wahrhaftem Parademarsche dem Ausgange zu. Erst jetzt schien er sich der herrschenden Kälte bewußt zu werden, denn er stampfte wiederholt mit den Füßen auf den Erdboden und rieb die schwarzen Glacés gegen einander. Wie er nur die erste Destille erreichte, trat er hinein und ließ sich ein Glas Grog geben, dem er hastig ein zweites folgen ließ, worauf er sich, einigermaßen erwärmt, dem Innern der Millionenstadt zuwandte.

Gustav Torsten hatte offenbar ein ganz bestimmtes Ziel. Sobald die erste Straßenbahn vor ihm auftauchte, schwang er sich hinauf, nahm einen gerade leer werdenden Eckplatz ein und harrte wie eine Gipsfigur darauf aus, bis er sich in der Mitte der Leipziger Straße befand. Ebenso jäh, wie er hin auf dem Kirchhofe, ging er auch jetzt aus dem Zustande der Ruhe in den der Bewegung über; nachdem er noch einen Augenblick vorher in jedem unbefangenen Beobachter den Anschein erwecken mußte, als habe er sich auf seinem Platze mindestens noch für ein halbes Jahr installiert, schnellte er plötzlich empor wie durch Federkraft, riß in derselben unvermittelten plötzlichen Weise die Tür auf und schnellte, ohne erst den Stillstand des Wagens abzuwarten, auf die Straße zurück. Seine Berechnungen ergaben, wie sich herausstellte, haarscharf das gewünschte Fazit, denn er befand sich gerade der Tür des Hauses gegenüber, in das seine Absichten ihn hineinführten. Steifen Schrittes stieg er eine Treppe hinauf und studierte die Inschrift des außen neben der Entreetür angebrachten Porzellanschildes, das weiter nichts als die schlichte Firma: „Dr. Döring, Rechtsanwalt" enthielt, mit so peinlicher Genauigkeit, als ob es sich um eine babylonische Keilschrifttafel gehandelt hätte. Dann erst drückte er, wieder mit einem plötzlichen, impulsiven Ruck, den er noch eine Sekunde vorher nicht beabsichtigt zu haben schien, auf den Knopf der elektrischen Klingel.

Seine Frage, ob er Herrn Döring sprechen könne, wurde von dem Einlaß gewährenden Schreiber nach einem Blick auf den im Vorsaal hängenden Regulator bejaht, da an der Vollendung der täglichen Sprechstunde noch reichlich fünf Minuten fehlten. Als Torsten in das Wartezimmer trat, verließ eben der letzte Ratsuchende das Sprechzimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.